

**19. Sitzung vom Montag, 12. Dezember 2016, 18.00 bis 22.10 Uhr, im reformierten Kirchgemeindehaus**

---

<b>Anwesend:</b>	<b>Gemeinderat</b> 28 Mitglieder
	<b>Stadtrat</b> Mark Eberli, Stadtpräsident Walter Baur (bis 19.10 Uhr) Jürg Hintermeister Hanspeter Lienhart Willi Meier Virginia Locher Ruedi Menzi Christian Mühlethaler, Stadtschreiber Pascal Sidler, Stadtschreiber-Stv.
<b>Entschuldigt:</b>	keine
<b>Vorsitz:</b>	Nadja Naegeli
<b>Protokoll:</b>	Jeannette Wanner
<b>Weibeldienst:</b>	Markus Schiess

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder.

Die Auszählung des Rates ergibt 28 Anwesende. **Das absolute Mehr beträgt somit 15.**

Die Ratsmitglieder sind fristgerecht und ordnungsgemäss zur Sitzung eingeladen worden.



### **Ergänzungen und Bemerkungen zur Traktandenliste**

Werner Oetiker hat namens der SP am 2. Dezember 2016 eine Interpellation betreffend Wydhof eingereicht. Die Interpellation wird gemäss Art. 50a, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderats als Nachtrag auf die Traktandenliste (neu als Traktandum 4) gesetzt und begründet.

Die Traktandenliste wird mit der vorgenannten Ergänzung wie folgt gutgeheissen:

### **Traktandenliste**

1. Protokoll der Sitzung vom 14. November 2016
2. Motion von David Galeuchet und Mitunterzeichnenden vom 20. Sept. 2016 betreffend Bau- und Zonenplanung – Begründung
3. Motion von David Galeuchet und Mitunterzeichnenden vom 20. Sept. 2016 betreffend Bau- und Zonenplanung, ökologische Umgebungsgestaltung – Begründung
4. Interpellation von Werner Oetiker namens der SP vom 30. November 2016 betreffend Wydhof – Begründung
5. Interpellation von Felix Böni und Mitunterzeichnenden vom 21. Juli 2016 betreffend Medienmitteilung der Sozialbehörde vom 18. Juli 2016 mit dem Titel „Sozialbehörde Bülach setzt sich für wirkungsvollere Instrumente ein“ – Antwort des Stadtrats
6. Produktgruppenvoranschlag 2017 und Festsetzung Steuerfuss 2017
7. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
8. Diverses

### **Eingang von neuen Vorstössen**

**Interpellation von Werner Oetiker** namens der SP vom 30. November 2016 betreffend Wydhof

Wortlaut:

„Im Zusammenhang mit Sanierungsarbeiten am Wydhof hat der Stadtrat verschiedene Unstimmigkeiten festgestellt. Wir fragen den Stadtrat an:

- Um was für Unstimmigkeiten handelt es sich?
- Was hat der Stadtrat zur Aufklärung unternommen?

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 12. Dezember 2016

- Was für Lehren und Entscheidungen hat der Stadtrat daraus gezogen?  
Für die Beantwortung der Fragen bedanken wir uns im Voraus."

Die Interpellation wird an der heutigen Sitzung unter **Traktandum 4** begründet.

### **Beantwortung von persönlichen Vorstössen**

Keine.

Traktandum 1

#### **Protokoll der Sitzung vom 14. November 2016**

---

Das Protokoll vom 14. November 2016 wird einstimmig genehmigt und verdankt.

Traktandum 2

#### **Motion von David Galeuchet und Mitunterzeichnenden vom 20. November 2016 betreffend Teilrevision der Bau- und Zonenordnung betreffend Arealüberbauungen – Begründung**

---

David Galeuchet und Mitunterzeichnende haben am 20. November 2016 eine Motion betreffend Teilrevision der Bau- und Zonenordnung betreffend Arealüberbauungen eingereicht.

Wortlaut:

„Der Stadtrat wird aufgefordert die Bau- und Zonenordnung folgendermassen anzupassen:

Absatz 13.2 wird ersetzt durch:

1. Die Gebäude in Arealüberbauungen sind als Null- oder Plusenergiegebäude zu realisieren.
2. Führt dies zu unverhältnismässig hohen Kosten oder ist technisch nicht realisierbar, kann der Stadtrat aufgrund eines Nachweises Ausnahmen bewilligen."



**Die Vorsitzende** bittet David Galeuchet um Begründung der Motion.

**David Galeuchet** führt dazu aus, dass im Jahr 1999 Arealüberbauungen durch den Gemeinderat eingeführt und 2001 in der Bau- und Zonenordnung umgesetzt worden sind. Bei grossen Grundstücken ab 3'000 m<sup>2</sup> sei es bis anhin möglich gewesen, bei der Erfüllung von Kriterien bis zu 10% grössere Baumassenziffern zu verbauen. Die Kriterien waren hoch gesetzt. Der Minergie Standard verbesserte den Energieverbrauch um teilweise über 50% zu den damals gültigen Bauvorschriften. Der Bau im Minergie Standard kostete 10-15% mehr. Dafür wurden die Investoren mit einer grösseren Baumasse entschädigt.

Heute ist der Minergie Standard praktisch überall Standard. Es werden kaum mehr Gebäude gebaut, welche nicht die energetischen Kriterien erfüllen. Auch die Mindestanforderungen der Bauvorschriften sind heute fast so hoch wie der Minergie Standard. Das heisst, dass bei Arealüberbauungen der Bonus einfach mitgegeben wird, ohne dass der Bauherr einen Mehrwert erbringt. Aus diesem Grund solle die Bau- und Zonenordnung angepasst werden, damit zur Erhaltung des Bonus auch wieder eine Leistung erbracht werden muss. Die Mehrkosten sollten - wie damals bei der Einführung - auch im Bereich von 10-15% liegen. Arrivierte Architekten hätten bestätigt, dass beim Bau von Nullenergiegebäuden heute keine grösseren Kosten mehr entstehen. Sollte dies doch der Fall sein, könne der Stadtrat Ausnahmen bewilligen.

David Galeuchet verzichtet in der Motion bewusst auf die Anlehnung an einen Minergie Standard A oder Ähnliches, da die Mehrkosten, welche durch das Label entstehen, nicht gerechtfertigt sind. Er sei sich aber bewusst, dass dies den Vollzug für die Bauabteilung erschweren würde, doch andererseits lasse es auch höhere Flexibilität zu. Die Tragweite dieser Motion hänge davon ab, wie viele Arealüberbauungen in Bülach überhaupt noch realisiert werden könnten. Zwischen 2011 und 2015 wurden fünf Arealüberbauungen realisiert. Auch in den kommenden Jahren sei damit zu rechnen, dass es sich in diesem Rahmen bewegen könnte oder es sogar noch weniger würden.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** teilt mit, dass der Stadtrat nicht bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Die Stossrichtung des Postulats ziele zwar in die richtige Richtung, aber die Umsetzung mittels der gewünschten Verankerung in der Bau- und Zonenordnung sei falsch. Es stimme, dass Bülach ein Energielabel habe und man sei auch bestrebt, diesem gerecht zu werden. Doch die Anforderungen an eine Nullenergie-Bauweise seien sehr hoch und in Bülach schwerlich oder gar nicht umsetzbar, da es auch immer mehr Arealüberbauungen mit Altbauten gäbe.



**David Galeuchet** fragt nach, ob bei Altbauten darauf geachtet wird, dass sie wenigstens auf den Minergie-Standard gebracht würden.

**Hanspeter Lienhart** bejaht dies.

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

### **Abstimmung Überweisung**

Der **Gemeinderat lehnt die Überweisung** des Postulats mit 18 Nein- zu 6 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen ab.

### Traktandum 3

#### **Motion von David Galeuchet und Mitunterzeichnenden vom 20. November 2016 betreffend Teilrevision der Bau- und Zonenordnung betreffend Arealüberbauungen, ökologische Umgebungsgestaltung – Begründung**

---

David Galeuchet und Mitunterzeichnende haben am 20. November 2016 eine Motion betreffend Teilrevision der Bau- und Zonenordnung betreffend Arealüberbauungen, ökologische Umgebungsgestaltung eingereicht.

Wortlaut:

„Der Stadtrat wird aufgefordert:

1. Richtlinien für die ökologische Umgebungsgestaltung bei Arealüberbauungen zu erlassen.
2. Die Bau- und Zonenordnung folgendermassen anzupassen:  
Neuer Absatz 13.3  
Die Umgebungsgestaltung von Arealüberbauungen hat nach ökologischen Grundsätzen zu erfolgen.“

**Die Vorsitzende** bittet David Galeuchet um Begründung der Motion.

**David Galeuchet** teilt mit, dass der Vorstoss zum Ziel habe, mehr Ökologie in Überbauungen und Siedlungen zu bringen. Er zeigt anhand einer Präsentation die wichtigsten Fakten und Punkte auf:



#### Ökologische Richtlinien für Arealüberbauung

- Druck auf Siedlungsraum wird immer grösser
- Verdichtung wird gefordert
- Weniger Grünraum bleibt erhalten

#### Probleme bei verdichtetem Bauen

- Weniger Grünfläche
- Abnahme der Lebensqualität
- Abnahme der Biodiversität im Siedlungsraum

#### Aufwertung der Grünflächen

- Heimische Arten fördern
- Strukturelle Vielfalt führt zu hoher Biodiversität
- Strukturelle Vielfalt wird von den Bewohnern geschätzt
- Biodiversität beeinflusst die Menschen positiv
- Zugänglichkeit muss gewährleistet bleiben

David Galeuchet freut sich darüber, dass der Kanton mit gutem Beispiel voran geht. Der Aufwand dafür sei nicht sehr gross, aber der Nutzen für die Natur schon. Auch die Gemeinde Rümlang und Illnau-Effretikon hätten bereits Grundsätze/Richtlinien für eine ökologische Umgebungsgestaltung bei Arealüberbauungen eingeführt.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** teilt mit, dass der Stadtrat nicht bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Die Stadt Bülach habe bereits Richtlinien für Arealüberbauungen, welche zudem in absehbarer Zeit revidiert werden. Die von David Galeuchet geforderte Änderung/Anpassung müssten nicht in der Bau- und Zonenordnung vorgenommen werden. Der Stadtrat sage klar ja zum Anliegen und werde die entsprechende Richtlinien erlassen/anpassen.

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

#### Abstimmung Überweisung

Der **Gemeinderat lehnt die Überweisung** des Postulats mit 22 Nein- zu 6 Gegenstimmen **ab**.



Traktandum 4

**Interpellation von Werner Oetiker namens der SP vom 30. November 2016 betreffend Wydhof  
– Begründung**

---

Werner Oetiker hat namens der SP am 2. Dezember 2016 eine Interpellation betreffend Wydhof eingereicht.

Die Vorsitzende bittet Werner Oetiker den Vorstoss zu begründen.

**Werner Oetiker** begründet die Interpellation wie folgt:

„Der Stadtrat hat am 14. November 2016 die FK I und die RPK über Unstimmigkeiten betreffend den Sanierungsarbeiten und der Vereinbarung zum Kiesabbau beim Wydhof informiert. Wir vermissen aber eine transparente öffentliche Information. Es ist wohl kaum im Sinne einer guten Kommunikation, wenn nun die Bülacher/innen über einzelne vom Stadtrat vorinformierte Gemeinderäte und die Medien bruchstückartig über die vorgekommenen Unstimmigkeiten und Fehlverhalten informiert werden.

In der Zwischenzeit hat zwar die Presse auszugsweise über den Fall informiert. Wir möchten aber auch, dass die Öffentlichkeit direkt über die mit dem Vorbesitzer gemachten Vereinbarungen betreffend Kiesabbau informiert wird.“

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** gibt bekannt, dass der Stadtrat die Interpellation innerhalb der Frist von 3 Monaten schriftlich beantworten wird.

Traktandum 5

**Interpellation von Felix Böni und Mitunterzeichnenden vom 21. Juli 2016 betreffend  
Medienmitteilung der Sozialbehörde vom 18. Juli 2016 mit dem Titel „Sozialbehörde Bülach  
setzt sich für wirkungsvollere Instrumente ein“ – Antwort des Stadtrats**

---

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 16. November 2016 (SRB-Nr. 406) fristgerecht die Interpellation von Felix Böni und Mitunterzeichnenden vom 21. Juli 2016 betreffend der Medienmitteilung der Sozialbehörde beantwortet. Die Antwort wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Die Vorsitzende fragt Felix Böni an, ob er zur Antwort des Stadtrats Bemerkungen anzubringen hat.



**Felix Böni** nimmt zur Antwort des Stadtrats wie folgt Stellung:

„Ich danke der Verwaltung, insbesondere Daniel Knöpfli und seiner Mannschaft für die detaillierte Beantwortung meiner Interpellation und auch für die mir nachträglich zugestellten Daten zu den Schweizer und ausländischen Sozialhilfebezügern ohne Ausweis F und B.

Aus der Antwort auf meine Interpellation lässt sich schliessen, dass sich die Medienmitteilung der Sozialbehörde völlig einseitig auf vorläufig aufgenommene Personen mit Aufenthaltsbewilligung F und B bezieht.

- Die Bereitschaft zur Kooperation bei Sozialhilfebezügern liegt bei In- und Ausländern und unabhängig von der Ausweiskategorie bei allen Sozialhilfebezügern bei über 80%. Zum Beispiel werden 17.56 % der Schweizer sanktioniert und 19.79 % der Eritreer.
- Der Schluss der Sozialbehörde, dass die Sanktionierungsmassnahmen bei Personen, welche über ein Asylgesuch in die Schweiz gekommen sind, zu wenig wirkungsvoll seien, ist falsch. Wie schon erwähnt, lassen sich knapp 20 % von allen Sozialhilfebezügern nicht von den Sanktionierungsmassnahmen beeindrucken. Und diese Massnahmen sind bei allen gleich, unabhängig von ihrer Herkunft, Nationalität, Aufenthaltsgrund und -status: Die Leistungen können um bis zu 30 % gekürzt werden.
- Wenn man allen vorläufig aufgenommenen Personen mit Ausweis F und B die Entschädigung nach Sozialhilfegesetz verweigert, weil 20 % von ihnen nicht kooperieren, bestraft man auch die anderen 80 %. Diese werden nur noch gemäss der Asylfürsorgeverordnung unterstützt und Gelder für Integrationsmassnahmen und Deutschkurse wären nicht mehr vorhanden. Eine solche Kollektivstrafe wäre willkürlich und unseres Rechtsstaats unwürdig.

Für mich ist der Hintergrund dieser Medienmitteilung ein rein politischer: Angetrieben durch das Sozialbehörde-Mitglied Claudio Schmid, welches im Kantonsrat mit einer parlamentarischen Initiative auf eine Gesetzesänderung hinarbeitet, die vorläufig Aufgenommene nur noch nach dem Asylfürsorgesetz unterstützen will, liess sich die Sozialbehörde instrumentalisieren. Sie veröffentlichte diese Medienmitteilung genau zum Zeitpunkt der Beratung dieser Initiative in der kantonsrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Ich bitte daher die Sozialbehörde, sich in Zukunft auf ihre Arbeit zu beschränken und nicht zu politisieren. Und ein Hinweis an den Gemeinderat: überlegt euch das nächste Mal besser, welche Personen ihr in die Sozialbehörde wählt."





Traktandum 6

**Produktgruppenvoranschlag 2017 sowie Festsetzung des Steuerfusses 2017**

---

**Der Vorsitzende** gibt folgenden Ablauf der Beratung des Voranschlages 2017 bekannt:

1. Erläuterungen zum Voranschlag 2017 durch RPK-Präsidenten Alfred Schmid
2. Bemerkungen zum Voranschlag 2017 durch Finanzvorstand Walter Baur
3. Fraktionserklärungen
4. Diskussion
5. Detailberatung Produktgruppenbudget kapitelweise
6. Detailberatung Investitionsrechnung kapitelweise
7. Schlussabstimmung Produktgruppenbudget 2017
8. Schlussabstimmung Investitionsrechnung 2017
9. Detailberatung und Schlussabstimmung Steuerfuss 2017

Die Vorsitzende bittet die Fachkommissionen ihre Informationen und Anträge direkt bei den jeweiligen Kapiteln einzubringen. Zuerst wird über alle Anträge einer Produktgruppe abgestimmt. Danach wird grundsätzlich über das gesamte bereinigte Geschäftsfeld abgestimmt. Falls über eine einzelne Produktgruppe abgestimmt werden soll, ist dies zu beantragen. Ausnahmen bestehen dort, wo verschiedene Fachkommissionen für ein Geschäftsfeld zuständig sind (z.B. Kultur oder Sport).

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

**1. Stellungnahme des Präsidenten der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zum Produktgruppenvoranschlag 2017**

**Alfred Schmid** dankt namens der **RPK** dem Stadtrat und den Mitarbeitern der Verwaltung für die Unterstützung und die konstruktive Zusammenarbeit in den vergangenen Wochen. Die Lücken, die es noch aus dem letzten Jahr gegeben habe, konnten geschlossen werden. Die RPK sei sehr gut informiert worden. Alfred Schmid macht einige Erläuterungen und Bemerkungen zum Voranschlag 2017 (detaillierte Ausführungen und Statistiken: siehe **Beilage 1** zum Protokoll):

Ausgangslage / Rahmenbedingungen

- Basis für Budgetierung: Voranschlag 2016
- Outsourcing Rössligasse/Kinderkrippen/BZO Büli Nord bekannt



- Budgetiertes Defizit 182'000.-
- Steuerfuss 92 %
- Sparprogramm 2017
- Steuerertrag Fr. 54'264.- (2016 = Fr. 53'875.-)
- Einmaliger Buchgewinn Grundstück Schulhaus Eschenmosen (2017 +1,3 Mio.)

Spezialfinanzierungen: Es wird im 2017 sehr viel mehr investiert als in den letzten 2 Jahren.  
Freibad, Ifangstrasse, Garderobengebäude Gringglen, Umbau Böswisli-Kindergarten, Abwasserkanal.

Fazit RPK zur Investitionsrechnung:

- Gesamt: Markant tiefer als 2016
- FCB Garderobengebäude Gringglen (Hängepartie?)
- Werterhalt (Kindergarten Böswisli, Wärmeverb. Hohfuri, Heizung Lindenhof u.a.)  
-> Kernaufgabe der Stadt
- Erneute Improvisation (Notunterkunft) -> Asylzentrum
- Kleine Planungspositionen für grössere Vorhaben (ZVG, Böswisli, Asylzentrum u.a.)

Fazit der RPK zum Finanzplan 2016 – 2020, Steuerhaushalt:

- Aufwand FIPLA 2015 – 2019 eingefroren (Absicht des SR)
- Aufwand FIPLA 2016 – 2020 erschreckend: + 9.4 %
- Abschreibungen: ca. 10 Mio. p.a., (Abnahme wegen HRM2 ab 2019)

Fazit der RPK zum Voranschlag 2017, laufende Rechnung:

- Aufwand ist stabilisiert.
- Erträge: Steuern laufendes Jahr klar steigend, Vorjahr eher sinkend, Grundsteuern eher sinkend, Finanzausgleich eher steigend, Quellensteuern eher steigend.
- Im Vergleich zu anderen Gemeinden tiefere Nettokosten.

Fazit Finanzhaushalt Stellungnahme Stadtrat:

- In den letzten 8 Jahren wurden Ertragsüberschüsse von Fr. 30 Mio. erzielt.
- Bülach weist unterdurchschnittliche Kosten in der Laufenden Rechnung aus. (Benchmark).
- Die hohen Investitionen resp. die daraus resultierenden höheren Abschreibungen führen zu Defiziten.



Kommentar der RPK zum Voranschlag 2017:

- Kostenwachstum 2016/2017: entspricht Sparprogramm 17.
- Investitionen: Klare Prioritäten gesetzt 25.9 -> 11.6 (Steuerhaushalt).
- Investitionen: 2018 – 2020: Weitere Grossinvestitionen sind zu erwarten (Bau- und Zonenordnung Büli-Nord, Böswisli, Hohfuri, Asylheim, FCB, Stadthaus Sechtbach, u.a.). Total gemäss FIPLA ca. 81 Mio.
- Nettoschuld (Steuerhaushalt) gemäss FIPLA beträgt per 2020 rund 41.6 Mio.
- Steuern: Weitere Zunahme der Steuerpflichtigen.
- Abhängigkeit vom Steuerkraftausgleich bleibt.
- Trend Gebührenhaushalt: leicht höhere Nettoschuld.

Schlussfolgerungen der RPK zum Voranschlag 2017:

- Aufwandsteigerung gemäss FIPLA 2018 bis 2020 ist verboten!
- Effizienzsteigerung in der Verwaltung dank Organisationsentwicklung; BDO-Bericht konsequent umsetzen.
- Investitionen (Steuerhaushalt) sind streng nach Notwendigkeit und Rationalisierungseffekt zu selektionieren und in der Umsetzung konsequent zu kontrollieren.
- Keine Panik wegen Zunahme der Nettoschuld (Abschreibungen, günstige Finanzierung der Investitionen).

Anträge der RPK an den Gemeinderat:

1. Genehmigung des Voranschlags gemäss Gesamtabschied (vorbehältlich der Kürzungs- und Streichungsanträge).
2. Beibehaltung des Steuerfusses bei 92 %.
3. Ermächtigung des Stadtrats, die erforderlichen Mittel aufzunehmen.



## 2. Erläuterungen aus Sicht des Stadtrats zum Produktgruppenvoranschlag 2017

**Stadtrat Walter Baur** bedankt sich bei der RPK und den Fachkommissionen für ihren Einsatz. Speziell bedanken möchte er sich bei Alfred Schmid für die detaillierten Ausführungen und die Erklärungen zum Budget 2017. Walter Baur führt weiter aus, dass Bülach bezüglich der Finanzlage aus folgenden Gründen gut unterwegs ist:

1. Sparprogramm ist durchgeführt.
2. Strukturelles Defizit eliminiert.
3. Ausgeglichenes Budget 2017.
4. HRM2 bringt tiefere Abschreibungen, damit bessere Abschlüsse.
5. Instrumente zwecks Schuldenbremsung sind vorhanden.
6. Kontrollinstanzen intern und extern funktionieren einwandfrei.

Die Unternehmens-Steuer-Reform III könnte frühestens 2019 in Kraft treten. Sollte diese ein strukturelles Defizit in Bülach verursachen, müsste man erneut alle Einnahmen und Ausgaben sorgfältig überprüfen. Zurzeit fehlen aber genaue Zahlen des Kantons, um bereits jetzt zuverlässige Angaben für den Bülacher Finanzhaushalt machen zu können.

Der Stadtrat ist für die Beibehaltung des Steuerfusses bei unveränderten 92 %.

## 3. Fraktionserklärungen

**David Galeuchet** dankt im Namen der **Grünen Fraktion** dem Stadtrat und der Verwaltung für das Erstellen des Budgets 2017. Auf Fragen seien kompetente Antworten geliefert worden, welche an den Fachkommissionssitzungen diskutiert werden konnten. Weiter teilt D. Galeuchet mit: „Im Voranschlag 2016 wurde ein Ausgabenüberschuss von 2.4 Mio. erwartet, welcher nun voraussichtlich in ein Defizit von mehr als 6 Mio. auswachsen soll. Mit dem Sparprogramm 2017 möchte der Stadtrat gegen eine halbe Million einsparen. Damit soll das strukturelle Defizit beseitigt sein. Aus unserer Sicht alles Augenwischerei! Die Einsparungen sollen auf dem Buckel der Schwächsten erfolgen. Ursprünglich sollten Fr. 103'000.- bei der Schule eingespart werden. Das Budget für die Jugendarbeit soll um Fr. 53'000.- schrumpfen. Das, obwohl das Angebot für Jugendliche in Bülach heute schon bescheiden ausfällt. Die Arbeitsgruppe Stadt ohne Hindernisse soll ganz ohne Budget weiterarbeiten. Damit versucht man Menschen mit Behinderungen weiter auszugrenzen. Eine Anhebung der Preise in der Sportanlage Hirslen wird angestrebt. Soll damit die Überlastung der Anlage behoben werden? Der



Gemeinderat hat bei der Hirslen die Bewirtschaftung der Parkplätze eingeführt, welche die Grünen unterstützen. Müssen aber im gleichen Jahr auch noch die Tarife der Sportanlage angehoben werden? Wie kann es sein, dass im Legislaturprogramm des Stadtrates die Energiestadt weit oben angeführt wird, aber keine weiteren Massnahmen mehr umgesetzt werden sollen und anstelle von erneuerbaren Energien wieder Kohle- und Atomstrom eingekauft werden?

Wer Geld ausgibt, muss auch Einnahmen generieren. Viele Investitionen stehen in Bülach an oder sind schon getätigt worden (Bsp.: Sanierungs- und Bauprojekte für Schulen und Kindergärten mit Fr. 40 Mio., für die Grosssporthalle mit Fr. 17 Mio. und für das zentrale Verwaltungsgebäude mit Fr. 28 Mio). Von heute Fr. 50 Mio. Vermögen wird die Stadt in den nächsten fünf Jahren Schulden von Fr. 40 Mio. anhäufen. Dies notabene für Projekte, welche Bülach braucht und die durch ehemalige bürgerliche Politiker verhindert worden sind. Deshalb muss auch auf der Einnahmeseite der Steuerfuss um 2% erhöht werden. Dies entspricht Fr. 1.2 Mio., welche eingesetzt werden können, um die kommende Neuverschuldung heute schon zu reduzieren.

Das Streichkonzert des Stadtrates lehnen wir mehrheitlich ab und werden deshalb beantragen, die entsprechenden Budgets wieder zu erhöhen. Wir werden aber unsererseits Massnahmen vorschlagen, um Fr. 500'000.- Mehreinnahmen zu generieren, um die laufende Rechnung zu entlasten.

Eine Zustimmung zum Voranschlag 2017 machen wir davon abhängig, ob genügend Leistungstreihungen aus dem Sparprogramm rückgängig gemacht werden können."

**Cornel Broder** meldet sich namens der SVP/EDU-Fraktion zu Wort: „Wir sind erfreut, dass der Stadtrat für das kommende Jahr ein ausgeglichenes Budget präsentiert und honorieren dabei die sehr gute Arbeit der Finanzabteilung bei der Beurteilung, Aufbereitung und Präsentation der Zahlen.

Etwas nüchterner sieht die Sache bei genauerer Betrachtung aus. Als Basis wurde das letztjährige Budget herangezogen. Dies ist soweit richtig, bereitet aber Sorgen, weil die Hochrechnung für das laufende Jahr ein um mehrere Millionen schlechteres Resultat erwarten lässt. Es stellt sich die Frage, ob fürs 2017 Ähnliches zu erwarten ist.

Gemäss Aussage des Stadtrats ist das immer wieder zitierte strukturelle Defizit mit dem Sparprogramm beseitigt. Der Aufwand steigt gegenüber dem letztjährigen Budget zwar weiter, immerhin weniger stark. Zum Glück sieht es auf der Ertragsseite positiv aus: Schade, dass weniger die Sparanstrengungen zu den guten Aussichten beitragen, sondern ausserordentliche Veränderungen, wie der Verkauf des Schulhauses Eschenmosen (Fr. 1,3 Mio.), höhere Grundstückgewinnsteuern, Mehreinnahmen dank Finanzausgleich und nicht zuletzt auch dank der vom Gemeinderat eingesparten Millionen in Büli Nord. Die aus dem stadträtlichen Sparprogramm entstandenen Einsparungen sind kaum ersichtlich und sind teilweise eher als Pseudovorschlag zu betrachten und



werden höchstwahrscheinlich durch den Gemeinderat wieder rückgängig gemacht (siehe Einsparung Hebammen, Erhöhung Billettpreise Hirslen, etc.).

Brisant ist aus unserer Sicht, dass die linke Seite bei ihrem übergebührlchen Lob an den Stadtrat auch das erfolgreiche Sparprogramm erwähnt, dieses aber selber ad absurdum führt und aufgrund der massiv beantragten Mehrausgaben selber wieder gefährdet.

Nach wie vor spart der Stadtrat lieber bei nicht relevanten Punkten anstatt bei den grossen Posten, wie etwa bei der Verwaltung. Dass der Stadtrat und insbesondere der Stadtpräsident statt für Effizienzsteigerung oder Sparmassnahmen seine Energie und Zeit vor allem für die massive Erhöhung des eigenen Salärs eingesetzt hat, hinterlässt ebenfalls einen ziemlich fahlen Beigeschmack.

Insbesondere bezüglich Investitionen steht die Stadt Bülach vor grossen Herausforderungen und wir sind gespannt, wie der Stadtrat diese gedenkt umzusetzen. Die SVP/EDU fordert vom Stadtrat intensivere Anstrengungen bei den Finanzen der Stadt Bülach, und wie im Gemeindegesetz gefordert, auf Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Wirksamkeit zu achten.

Die Fraktion SVP/EDU wird, mit wenigen Ausnahmen, an den Sparvorschlägen festhalten und das Budget 2017 mit unverändertem Steuerfuss annehmen."

**Christine Frischknecht** kommentiert den Voranschlag 2017 namens der **EVP** wie folgt: „Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass ein fast ausgeglichenes Budget vorgelegt wurde (Aufwandüberschuss Fr. 182'000.-). Wir bedanken uns beim Stadtrat und der Verwaltung für ihren geleisteten Einsatz. Besten Dank auch für den neunseitigen Katalog, der erstellt wurde um darzulegen, bei welchen Produkten ein erhöhter Standard der Pflichtleistung oder eine freiwillige Leistung gekürzt oder gestrichen werden kann. Auch wir haben die Kürzung oder Streichung von Leistungen intensiv geprüft. In der Detailberatung werden wir dazu Stellung nehmen.

Grundsätzlich möchten wir keinen Leistungsabbau, darum haben wir auch geprüft, ob es Bereiche gibt, bei denen Mehreinnahmen generiert werden können.

Trotz ausgeglichenem Budget empfiehlt die EVP-Fraktion eine Steuererhöhung um 2%. In den nächsten Jahren stehen weitere hohe Investitionskosten an, doch daraus werden logischerweise hohe Abschreibungen resultieren. Bereits im Finanzplan 2015 – 2019 favorisierte der Stadtrat die Variante 3: Nämlich Anpassung des Steuerfusses 2017 und 2018 um je 2 %, also Steuerfuss 2017 = 94%, Steuerfuss 2018 = 96%. Zusätzlich muss Bülach wegen der Unternehmenssteuerreform III mit Mindereinnahmen ab 2019 rechnen, ein Grund mehr dafür, die Steuern moderat in kleinen Schritten zu erhöhen."



**Alfred Schmid** führt im Namen der **FDP-Fraktion** aus: „Die Fraktion stimmt dem Voranschlag 2017 zu. Welche Überlegungen stehen hinter diesem Entscheid:

1. Der Stadtrat hat mit dem Sparprogramm 2017 signalisiert, dass er gewillt ist, die Steuergelder in der Stadtverwaltung effizient einzusetzen.
2. Die Stadt nimmt ihre Kernaufgaben wahr. Fettpolster und Wünsche hat der Stadtrat reduziert.
3. Der Stadtrat ist auch bestrebt, das beeinflussbare Kostenwachstum in den Griff zu bekommen, was für die Zukunft unerlässlich ist.
4. „Sanierungsarbeiten“ wie z.B. die IT wurden angepackt und bezüglich Zukunft strategisch und konzeptionell in die richtige Richtung gelenkt.
5. Die strukturellen und organisatorischen Anpassungen der Stadtverwaltung sind festgelegt. Der Wille, die vorliegenden Massnahmen (wir denken da u.a. an den BDO-Bericht) jetzt konsequent und zügig umzusetzen, ist spürbar.
6. Das Rationalisierungs- und Effizienzpaket für eine schlanke, schlagkräftige zentrale Stadtverwaltung ist mit dem Projekt Stadthaus Sechtbach professionell in Bearbeitung. Jetzt wird es unsere Aufgabe sein, im Gemeinderat die richtige Entscheidung zu treffen und das Bülacher Stimmvolk für diese Investition für die nächsten Generationen zu gewinnen.
7. Der kurze „Marsch-Halt“ bezüglich Investitionen (weniger als die Hälfte von 2015 und 2016) gibt uns Gelegenheit, die Immobilienstrategie und die Schulraumplanung im Detail auszuarbeiten.

Noch ein Wort zur Stellungnahme von EVP/Grüne und SP in der heutigen Presse: Die FDP lehnt jegliche Aufblähung von wünschbaren und nicht zwingend notwendigen Dienstleistungen ab. Ganz abgesehen von beantragten „Geldverteilungsaktionen“, welche mit zusätzlichen Steuern dem Bürger „aus dem Hosensack gezogen“ werden sollen. Wir lehnen deshalb jede Steuerfusserhöhung ab.

**Andreas Müller** teilt die Meinung der **BSP/GLP-Fraktion** mit: „Wir stimmen dem Budget 2017 grundsätzlich zu. Unsere Zustimmung ist jedoch mit Vorsicht zu geniessen. Alle vom Stadtrat vorgeschlagenen Budgetkürzungen sind emotional geladene Kleinbeträge, welche uns bestens bekannt sind. Unseres Erachtens eine reine Augenwischerei. In den Folgejahren wird es nicht möglich sein, mit solch kleinen Eingriffen den Finanzhaushalt im Lot zu halten. Wie soll die absehbare Millionen-Entgleisung zwischen Budget und Rechnung 2016 ohne tiefgreifende Massnahmen im Folgejahr einfach so auf null zu korrigieren sein? Tatsache ist, dass die Personalkosten gegenüber dem letzten Budget nur marginal gestiegen sind. Vergleichen wir jedoch die Personalkosten mit der Rechnung 2014, so fällt auf, dass diese stark gestiegen sind.

Wie wir alle wissen, befinden wir uns bereits jetzt in einer angespannten finanziellen Situation. Sollte an der Urne die Unternehmenssteuerreform gutgeheissen werden, was übrigens nur ein Beispiel eines



Negativ-Szenarios ist, dann kann jeder eins und eins zusammenzählen: Es müssten Mindereinnahmen von rund 2.5 Mio. verkraftet werden.

Wir haben die politische Verantwortung, zukünftig den Mut zu haben, grössere Einsparungen zu machen. Das muss zwingend möglich sein. Wir geben heute schon zu bedenken, dass zum Beispiel die Verwaltungskosten im neuen zentralen Verwaltungsgebäude sinken müssen.

Geschätzte Stadträte, mit der Annahme vom städtischen Budget durch den Gemeinderat wird damit verbunden der Auftrag erteilt, dieses auch einzuhalten. Sie tragen die Verantwortung! Wir werden genau hinsehen, ob das Budget nur mit Zaubertricks, wie dem Verscherbeln von sprichwörtlichem Tafelsilber oder durch richtige und nachhaltig wirkende Einsparungen eingehalten werden kann."

**Samuel Lienhart** bedankt sich im Namen der **SP** bei allen Beteiligten für die Erstellung des Voranschlags 2017 und führt aus: „Wir haben den Voranschlag 2017 geprüft.

Insbesondere die Sparmassnahmen des Stadtrats, mit dem Ziel ein ausgeglichenes Budget bei gleichbleibendem Steuerfuss zu präsentieren, gaben bei uns Anlass zur Diskussion.

Alle Sparmassnahmen des Stadtrates schiessen für uns ganz klar über das Ziel hinaus. Es kann nicht die Lösung sein, das Budget mit dem Verzicht auf wichtige Leistungen zu sanieren, nur um damit eine Steuererhöhung zu umgehen. Die SP Fraktion wird sich in der Detailberatung darum entschieden gegen Leistungskürzungen bei Beiträgen für die Jugendarbeit, bei den Pickettschädigungen für die Hebammen oder andere wichtige Beiträge bei der Gesundheitsförderung oder im sozialen Bereich einsetzen. Auch eine Erhöhung der Eintritte bei den Freizeitanlagen, wie dem Hallen- und dem Freibad ist für uns der falsche Weg und trifft die Familien am härtesten. Auch eine Abkehr von der Nutzung von erneuerbarer Energie entspricht definitiv nicht dem Zeitgeist.

Die SP-Fraktion ist sich der angespannten Finanzlage der Stadt Bülach bewusst. Die vielen, bereits getätigten oder noch kommenden Investitionen müssen finanziert werden. Das ist ein Faktum. Dafür ist für uns eine Anpassung des Steuerfusses und nicht die diversen Leistungskürzungen, welche in erster Linie Familien und sozial schwächer gestellte Bülacher/innen trifft, der richtige Weg.

Die SP-Fraktion spricht sich deshalb gegen die meisten der vom Stadtrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen aus und setzt sich dafür ein, dass diese wieder ins Budget aufgenommen werden. Bei den Steuern beantragen wir eine Erhöhung um 2%. Diese Erhöhung würde es ermöglichen, dass der Voranschlag trotz Verzicht auf die Sparmassnahmen auf den praktisch gleichen Stand wie mit den Sparmassnahmen kommt."





**4. Diskussion**

**Alfred Schmid** teilt seine persönlichen Erläuterungen und Überlegungen betreffend den Finanzhaushaltszielen bis 2025 mit. Positive Rahmenbedingungen für Finanzhaushaltsziele 2021 bis 2025 seien:

- Stadthaus Sechtbach operativ in Betrieb
- ICT saniert, effizienter operativer Betrieb
- Asylheim gebaut (keine Improvisation mehr)
- OE abgeschlossen, BDO Massnahmen umgesetzt
- Rössli/Kinderkrippen ausgelagert
- BZO Büli Nord (Verkehr) operativ umgesetzt
- Umsetzung Schulraumplanung liegt vor
- HRM2: eingeführt

Anhand dieser Voraussetzungen ergäbe sich betreffend des Finanzhaushalts folgendes Bild:

Jahr	Abschreibungen	Nettovermögen Nettoschuld.	Ergebnis LR	Cashflow	Nettoinvest.
2017-2020 (Finanzplan)	12'708'000	-44'116'000	731'000	14'077'000	23'377'000
2021-2025 (Ziele)	11'920'000	-46'200'000	4'480'000	17'900'000	11'600'000

➔ Nettoinvestitionen können von 2020 bis 2025 wieder aufgefangen (halbiert) werden.

**Jürg Rothenberger** findet, dass neben den vorgängig erwähnten Rahmenbedingungen auch zu erwähnen sei, dass nicht nur bei den Ausgaben gespart werden müsse, sondern auch die Einnahmen verbessert werden sollen. Positiv sei, dass die Steuereinnahmen leicht zunehmen. Aber ebenso wichtig sei, dass Bülach ein gescheites Wirtschaftsförderungskonzept erstellen müsse. Bülach soll künftig für Firmen und juristische Personen attraktiv bleiben. Der Stadtrat habe dies erkannt und sei bemüht, weitere Firmen nach Bülach zu holen. Dazu würden aber auch sinnvolle Landkäufe gehören, damit eine vernünftige Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden könne. Gewisse Dienstleistungen oder Angebote wie z.Bsp. Kulturinfrastruktur (Verein Kultursaal) könnten aber auch ausgelagert werden.

**Samuel Lienhart** gibt zu bedenken, dass es hier zwar um einen Vorschlag zur Verbesserung der Finanzlage gehe, aber darüber, wie dies gemacht werden könnte, könne man sich streiten.



Erhebungen hätten gezeigt, dass eine gute Standortförderung wichtig ist für juristische Personen (Anbindung an öffentl. Verkehr, genügend Schulraum, breites Kultur- und Freizeitangebot, etc.). Aber genau bei diesen Angeboten werden Kürzungen und Streichungen im Budget vorgenommen – dies erstaune ihn.

**Jürg Rothenberger** pflichtet S. Lienhart in den meisten Punkten bei. Aber Bülach sei betreffend Standortförderung hervorragend positioniert: Es sei Vieles bereits gemacht oder schon vorhanden.

#### 5. Detailberatung Produktgruppenbudget kapitelweise

Vor der Detailberatung über den Produktgruppenvoranschlag erläutert der Vorsitzende noch einmal das genaue Vorgehen. Bei den Abstimmungen sowie bei der Schlussabstimmung wird ausgezählt.

**David Galeuchet** bringt namens der **Grünen** folgenden Antrag ein:

##### Zusatzantrag der Grünen:

Erhöhung des Produktegruppenvoranschlags 2017 um Fr. 110'000.- mit folgendem Auftrag an den Stadtrat: Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt, diesen Betrag für die Verwendung von 100% erneuerbarer Energie bei sämtlichen kommunalen Verwaltungsobjekte einzusetzen.

##### **Abstimmung Zusatzantrag Grüne betreffend Erhöhung Voranschlag um Fr. 110'000.-**

Ja 14 Stimmen

Nein 14 Stimmen

Die Vorsitzende fällt den **Stichentscheid zugunsten des Zusatzantrages**. Der Antrag der Grünen betreffend Erhöhung des Voranschlags um Fr. 110'000.- für die Verwendung von 100 % erneuerbarer Energie für kommunalen Verwaltungsobjekte erhält somit die Mehrheit mit 15 Stimmen.



### ***Geschäftsfeld Abfallbewirtschaftung (AB-00 – AB-01)***

Die Fachkommission IV und die RPK beantragen einstimmig AB-00 bis AB-01 zu genehmigen.

**Samuel Lienhart** nutzt die Gelegenheit, um sich beim für die FK IV zuständigen Stadtrat und den beiden neu zugewiesenen Abteilungsleitern Heinz von Moos und Roland Engeler zu bedanken. Die Zusammenarbeit sei sehr konstruktiv gewesen. Die Anliegen der FK IV wären sachlich, fachlich und fristgerecht zur vollen Zufriedenheit behandelt worden.

#### **Abstimmung**

Die Produktgruppen AB-00 (Abgrenzung spezialfinanzierte Entsorgung) und AB-01 (Entsorgung) werden diskussionslos einstimmig **gutgeheissen**.

### ***Geschäftsfeld Alter (AL-01 Alter)***

Die **Fachkommission III** beantragt **einstimmig** AL-01 unter Berücksichtigung ihres **Änderungsantrages** zu genehmigen. Die **RPK** beantragt **mehrheitlich** Annahme von AL-01.

#### Änderungsantrag 1 der FK III (einstimmig)

Anpassung der Steuerungsgrösse „Anzahl städtische Pflegeplätze“: Im VA 2017 soll die Vorgabe von 152 auf 170 Pflegeplätze erhöht werden.

**Felix Böni** begründet den Änderungsantrag der **FK III** wie folgt: „Im neuen Wohnenplus-Haus Bergli wird eine Pflegewohngruppe mit 18 Pflegeplätzen realisiert. Dadurch erhöht sich die Anzahl der zur Verfügung stehenden Pflegeplätze auf 170. Durch die Anpassung der Steuerungsgrösse wird diesem Umstand Rechnung getragen.“

#### **Abstimmungen**

##### **Änderungsantrag 1 der FK III:**

Anpassung der Steuerungsgrösse „Anzahl städtische Pflegeplätze“ von 152 auf 170 Pflegeplätze. Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.



**Abstimmung bereinigte Produktgruppe Alter (AL-01 Alter)**

Die bereinigte Produktgruppe AL-01 wird einstimmig **angenommen**.

***Geschäftsfeld Bau, Planung und Umwelt (BA-01 – BA-02)***

Die **Fachkommission I** und die **RPK** beantragen im Abschied **einstimmig** die Genehmigung von BA-01 und BA-02.

**Cornel Broder**, Präsident **FK I**, hat folgende Bemerkungen zum Geschäftsfeld BA: „Der private Gestaltungsplan Bülachguss ist genehmigt, das Bülachgussgebäude ist (obschon dies der Gemeinderat abgelehnt hatte) unter Schutz gestellt und mit der Bewilligung der Baugesuche hat der Stadtrat den Weg für die Allreal in allen Belangen geebnet. Erfreulicherweise wirken sich die diesbezüglich vor Baubeginn fälligen Kontrollgebühren positiv auf den Gebührenertrag bei den Baubewilligungen aus. Da voraussichtlich auch für das Areal „Glashütte“ im 2017 ein Baugesuch eingereicht wird, kann auch das noch Einfluss auf den Gebührenertrag haben. Trotz des höheren Koordinations- und Kontrollaufwandes überwiegen die Gebührenerträge den Aufwand erheblich. Die Zusammenarbeit gestaltet sich im Geschäftsfeld Bau weiterhin schwierig. Die Informationspflicht wird einseitig interpretiert. Während die FK I betreffend Landkauf, obwohl verlangt, Null zusätzliche Info bekommen hat, wurde zweimal der Gesamt-Gemeinderat informiert, wobei beide Male die Informationen am nächsten Tag in der Zeitung standen. Hingegen wurde die FK I kritisiert, vor der Abstimmung den verantwortlichen Stadtrat nicht kontaktiert zu haben. Solche unsachlichen Kommentare sind unangebracht, beeinträchtigen die Zusammenarbeit und werden von der FK I vehement zurückgewiesen. Kein Wunder ist das gegenseitige Vertrauen auf dem Nullpunkt. Zusätzlich zum unsensiblen Umgang mit Informationen bezüglich Presse, wird bedauerlicherweise auch das Kommissionsgeheimnis nicht eingehalten. Leider wollte mir Stadtrat Hanspeter Lienhart nicht mitteilen, wie er zur Information gekommen ist, wer innerhalb der Fachkommission wie abgestimmt hat. Indes sind wir gespannt auf Neuigkeiten betreffend Sportpark Erachfeld. Gemäss WOV-Bericht werden Ende 2016, Anfang 2017 die laufenden Vorabklärungen abgeschlossen.“



### Diskussion

**David Galeuchet** beantragt namens der **Grünen** folgenden Antrag:

Zusatzantrag der Grünen zu BA-02.2, Energiestadt: Erhöhung Voranschlag um Fr. 10'000.-.

Mit diesem Betrag soll weiterhin ermöglicht werden, dass geeignete Massnahmen für das Energiestadt-Programm umgesetzt werden können. Dies sei eine wichtige Basis, damit Bülach sich in Energiefragen weiterentwickelt könne und nicht an Ort verharret. Der Umfang der Massnahmen solle keinesfalls zurückgefahren werden.

### Abstimmungen

**Zusatzantrag 1 der Grünen zu BA-02.2 Energiestadt:** Erhöhung Voranschlag um Fr. 10'000.-.

Der Antrag wird mehrheitlich **abgelehnt**.

**Abstimmung bereinigtes Geschäftsfeld Bau, Planung und Umwelt (BA-01 und BA-02)**

Das bereinigte Geschäftsfeld wird mit 25 Ja- bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen **angenommen**.

### *Geschäftsfeld Bevölkerung (BE-01, BE-02 und BE-03)*

Die **Fachkommission II** und die **RPK** beantragen einstimmig die Genehmigung von BE-01 bis BE-03.

**Julia Pfister** teilt mit, dass die FK II dieses Jahr erstmals eine Sitzung betreffend der neu zugeteilten Produktegruppe BE-03 mit Jürg Hintermeister und Roland Engeler gehabt habe. Sie bedankt sich bei den beiden Herren für die gute und konstruktive Sitzung.

**Stefan Basler** möchte einen **Rückkommensantrag** stellen betreffend des Antrags der Grünen um Erhöhung des Voranschlags um Fr. 110'000.- für die Verwendung von 100 % erneuerbarer Energie für kommunale Verwaltungsobjekte. Als Begründung nennt er, dass Julia Pfister bei dieser Abstimmung in den Ausstand hätte treten müssen, da sie bei der EKZ arbeite.



Die Vorsitzende berichtet, dass Julia Pfister schon lange nicht mehr bei der EKZ arbeite und dies zudem irrelevant für die besagte Abstimmung gewesen wäre. Auf den Rückkommensantrag werde daher nicht eingetreten.

**Abstimmung Geschäftsfeld Bevölkerung (BE-01 bis BE-03)**

Das Geschäftsfeld Bevölkerung wird einstimmig **angenommen**.

***Geschäftsfeld Bildung (BI-01 – BI-05)***

Die **Fachkommission II** und die **RPK** beantragen **einstimmig BI-01 bis BI-05** zu genehmigen.

Nicht beschlussrelevante Bemerkungen der FK II:

- Unter Kosten und Erlöse sollen künftig die effektiven Beträge, bei den entsprechenden Begründungen ersichtlich sein und nicht nur der Produktsaldo aufgeführt werden.
- Der Wortlaut zur Steuerungsgrösse von BI-02.1 ist gemäss Entscheidung des Gemeinderats vom 27.06.2016 anzupassen (Kostendeckungsgrad von 100% für Leistungen des Schulpsychologischen Dienstes für andere Gemeinden).
- Die Fachkommission erwartet dringend eine Antwort auf ihre Fragen zu den Kosten der Skilager der Schule mit Aufschlüsselung der Komponenten.

**Julia Pfister** weist nochmals darauf hin, dass die **FK II** immer noch auf die Offenlegung der Zahlen betreffend der Skilager und die Beantwortung ihrer Fragen wartet. Diese Unterlagen und Informationen brauche die **FK II** dringend. Ansonsten würde sich die **FK II** überlegen, ob sie nicht ein entsprechendes Postulat einreichen wolle.

Julia Pfister bedankt sich bei der Abteilung Bildung und insbesondere bei Stadträtin Virginia Locher und Markus Fischer für die gute, konstruktive und offene Zusammenarbeit.

**Abstimmung Geschäftsfeld Bildung (BI-01 – BI-05)**

Das Geschäftsfeld Bildung wird einstimmig **angenommen**.



***Geschäftsfeld Finanzen (FI-01 – FI-03)***

Die **FK IV** beantragt **einstimmig** das **Produkt FI-01.4 Informatik** zu genehmigen.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der FK IV zu FI-01.4:

Wie in den vergangenen Voranschlägen wurde das Budget der IT speziell geprüft. Dabei wurde die FK IV sehr offen und transparent informiert. Die FK IV ist überzeugt, dass die eingeleiteten organisatorischen Massnahmen Früchte tragen. Insbesondere auch die Ablösung und Entflechtung vom bestehenden Dienstleister, welche nun auch im Bereich Bildung vorangetrieben wird.

Die **RPK** beantragt die Produktgruppen **FI-01** und **FI-03** **einstimmig** und die Produktgruppe **FI-02** **mehrheitlich** unter Berücksichtigung ihres **Änderungsantrages zu Produkt FI-01.3** zu genehmigen:

Änderungsantrag 1 der RPK (einstimmig)

Produkt FI-01.3 Weitere Kosten: Reduktion der individuellen Lohnerhöhungen um Fr. 30'000.- auf Fr. 100'000.- (entspricht 0.4% der Lohnsumme).

Begründung: Da in den letzten Jahren konsequent auf Lohnkürzungen (infolge Negativsteuerung) verzichtet wurde, fordert die RPK, dass sich die Stadt bei individuellen Lohnerhöhungen an die Vorgaben des Kantons anlehnt – in diesem Fall 0.4% und nicht 0.5%. Zudem erfolgt im Kantonsrat ein Antrag auf 0.2%.

**RPK-Präsident Alfred Schmid** ergänzt, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Antrag um Reduktion der individuellen Lohnerhöhungen vorlegen werde und der Kanton bereits an der Ausarbeitung einer Vorlage betreffend der Reduktion um 0.2% sei.

Erwähnen möchte A. Schmid aber auch, dass Markus Wanner die Finanzen wirklich sehr gut im Griff habe und er ihm dazu nur gratulieren könne.

**Julia Pfister** möchte sich für Arbeitnehmer der Stadt Bülach einsetzen. Es könne nicht sein, dass nunmehr bereits zum vierten Mal die individuellen Lohnerhöhungen gekürzt werden. Es gäbe viele Mitarbeitende bei der Verwaltung, die wirklich einen sehr guten Job erledigen und dies solle auch entsprechend entlohnt werden. Es dürfe sonst auch nicht erstaunen, wenn sehr gute und fähige Leute kündigen würden. Und ein häufiger Personalwechsel würde auch erhebliche Aufwände und Kosten mit sich bringen.

**Samuel Lienhart** teilt mit, dass sich auch die **SP-Fraktion** gegen die Kürzung ausspricht und schliesst sich dem Votum von Julia Pfister an. Bülach müsse als Arbeitgeber attraktiv bleiben. Zudem sei zu



erwähnen, dass der Kanton erst jetzt mit dem Sparprogramm angefangen habe und finanziell um einiges schlechter dastehe als Bülach.

**Alfred Schmid** ist mit dem Kommentar von Julia Pfister nicht einverstanden. Der Stadt würden Fr. 100'000.- für individuelle Lohnerhöhungen zur Verfügung stehen, was 0.4% der Lohnsumme entspreche. Das städt. Personal könne und solle für ausserordentliche Leistungen individuell belohnt werden. Der Gemeinderat habe aber die Entscheidungshoheit in diesem Thema, weil der Stadtrat sich jahrelang nicht an die Vorgaben/Richtlinien des Kanons gehalten habe. A. Schmid kann nicht nachvollziehen, weshalb der Stadtrat Bülach den Verwaltungsangestellten höhere „Goodies“ bezahlen wolle, wenn er doch weiss, dass der Regierungsrat 0.4% vorschlägt. Auch habe das städtische Personal noch nie einen Teuerungsausgleich gehabt und dies entspreche doch einer realen Lohnerhöhung von über 2 %. Es gehe hier um eine Grundsatzfrage.

### **Abstimmungen**

#### **Änderungsantrag 1 der RPK**

Produkt FI-01.3 Weitere Kosten: Reduktion der individuellen Lohnerhöhungen um Fr. 30'000.-  
Der Antrag wird mit 18 zu 9 Stimmen **angenommen**.

#### **Abstimmung bereinigtes Geschäftsfeld Finanzen (FI-01 – FI-03)**

Das bereinigte Geschäftsfeld Finanzen wird einstimmig **angenommen**.

#### ***Geschäftsfeld Gesundheit (GE-01)***

Die **Fachkommission III** beantragt **einstimmig** GE-01 unter Berücksichtigung ihres Zusatzantrags zu genehmigen.

#### Zusatzantrag 1 der FK III (mehrheitlich):

GE-01.4 Gesundheitsförderung und Prävention:

Für die vom Stadtrat gestrichene Hebammen-Pikettenschädigung sollen Fr. 20'000.- für 2017 wieder aufgenommen werden. Diese werden im nächsten Jahr nochmals thematisiert, wenn die Antwort des RR auf eine diesbezügliche Anfrage aus dem Kantonsrat bekannt ist.





Eine Minderheit der FK III stellt zudem folgenden Antrag:

GE-01.4 Gesundheitsförderung und Prävention:

Im Rahmen der Gesundheitsförderung sollen zusätzlich Fr. 20'000.- für Jugendliche zur Alkohol- und Tabakprävention eingestellt werden.

Die RPK empfiehlt **einstimmig** Genehmigung GE-01 unter Berücksichtigung ihres **Änderungsantrags zu GE-01.4.**

Änderungsantrag 1 der RPK (mehrheitlich):

GE-01.4 Gesundheitsförderung und Prävention: Erhöhung Budget um Fr. 17'000.- (Anteil Hebammenentschädigung).

Begründung: Das Sparpotential ist zu gering im Vergleich zum zusätzlichen Aufwand, der für die Hebammen entsteht, um ihren Notfall-Anteil separat in Rechnung zu stellen.

**Felix Böni** erhält das Wort und begründet den Zusatzantrag der **FK III**: „Die Hebammen bekommen diese Entschädigung für das Pikett, das sie leisten, um Frauen und ihr Neugeborenes nach einer Spitalgeburt zu Haus zu betreuen. Wenn die Eltern diese Entschädigung selber bezahlen müssen, besteht die Gefahr, dass sie auf die Nachbetreuung durch die Hebammen zu Hause ganz verzichten. Dies könnte bedeuteten, dass die Eltern bei Fragen oder Problemen den Notfalldienst oder den Arzt aufsuchen, obwohl diese durch die Hebammen günstig hätten geklärt werden können. Es ist aber auch möglich, dass Eltern mangels Beratung eine ernste Situation nicht als solche erkennen und so die Gesundheit von Mutter und Kind gefährden. Durch diese Streichung wird sehr wahrscheinlich nicht gespart, im Gegenteil: Die Kosten werden einfach bei der Akutversorgung mehr ansteigen. Die Kommission ist deshalb mehrheitlich der Meinung, die Hebammenpikettentschädigung nicht zu streichen. Die RPK beantragt nur eine Erhöhung um Fr. 17'000.-, durch die Zunahme der Geburtenzahlen ist jedoch mit Kosten in der Höhe von Fr. 20'000.- zu rechnen.“

**Felix Böni** vertritt an dieser Stelle auch die **Meinung der Kommissionsminderheit der FK III**: „In der Jugend fängt man an zu trinken und zu rauchen. Es ist darum wichtig, in diesem Alter die Kinder und Jugendlichen auf die Folgen des Rauchens und des Trinkens hinzuweisen. Jeden Franken, den man hier investiert, erhält man später wieder zurück. Eine Kommissionsminderheit ist deshalb der Ansicht, dass die Stadt Bülach wieder ihren gesetzlichen Auftrag wahrnehmen und mehr in die Gesundheitsprävention investieren soll.“



### Diskussion

**Stefan Basler** fügt namens der **SVP/EDU-Fraktion** an: „Wir sind der Ansicht, dass der Vorschlag des Stadtrats, die Pikettenschädigung sei durch das Spital Bülach aufzubringen, in die richtige Richtung geht. Dies aus folgenden Gründen:

1. Das Spital Bülach profitiert durch die Hebammen, da die Hebammen die Eltern bei der Pflege und der Gesundheitsvorsorge unterstützen und das Spital dadurch von Bagatellfällen entlastet.
2. Das Spital Bülach hat von der Gemeinde ein zinsfreies Aktienkapital erhalten und ist zudem steuerbefreit. Bei so vielen Geschenken der öffentlichen Hand soll das Spital sich auch in irgendeiner Form beteiligen: In unserem Fall bei den Pikettenschädigungen der Hebammen.

Wir lehnen die Kürzungen bei den Hebammen aber dennoch ab, weil der Verwaltungsrat des Spitals in dieser Angelegenheit noch keinen Entscheid gefällt hat und dieser Beschluss muss zuerst vorliegen.

Wir nehmen daher auch den Stadtrat in die Pflicht, sein Möglichstes zu unternehmen, damit das Spital die Pikettenschädigungen übernehmen kann.“

### Abstimmungen

#### Gegenüberstellung

**Antrag FK III** (Erhöhung Budget um Fr. 20'000.-, Hebammenentschädigung) gegen

**Antrag der RPK** (Erhöhung Budget um Fr. 17'000.-, Hebammenentschädigung).

Antrag FK III, Fr. 20'000.- 9 Stimmen

Antrag RPK, Fr. 17'000.- 19 Stimmen

Der **Antrag der RPK** wird mit 19 Stimmen **angenommen**.

#### Abstimmung Siegervariante aus Gegenüberstellung

Antrag **RPK** (Sieger) wird dem **Buch/VA 2017** gegenübergestellt.

Antrag RPK 25 Stimmen

Antrag Buch/VA 2017 2 Stimmen

Enthaltungen 1 Stimme

Der **Antrag der RPK** (Erhöhung Budget um Fr. 17'000.- für Hebammenentschädigung) wird mit 25 Stimmen **angenommen**.



**Abstimmung Minderheitsantrag der FK III:**

GE-01.4: Erhöhung Budget um Fr. 20'000.- für Alkohol- und Tabakprävention.

Der Antrag wird mit 16 Stimmen **abgelehnt**.

**Abstimmung bereinigtes Geschäftsfeld Gesundheit (GE-01)**

Das bereinigte Geschäftsfeld Gesundheit wird einstimmig **angenommen**.

***Geschäftsfeld Kultur (KU-02)***

**Produktgruppe KU-02**

Die **Fachkommission II** beantragt **einstimmig** KU-02 unter Berücksichtigung ihres **Änderungsantrages** zu genehmigen. Die **RPK** beantragt ebenfalls **einstimmig** die Genehmigung von KU-02.

Änderungsantrag 1 der FK II (mehrheitlich):

Erhöhung des Budgets für das Produkt KU-02.3 um Fr. 10'000.-.

Begründung: Das Budget wurde auf der Basis des letztjährigen Voranschlages erstellt. Für die Kulturförderung ist 2017 allerdings ein ausserordentliches Jahr, da mehrere Grossanlässe anstehen (Jazztage, Büli-Fest, 50 Jahre Jazzclub Bülach, Jubiläumsausstellung Jean Kern, 150 Jahre gemeinnütziger Frauenverein, evtl. vorausschauend auf 2018 auch 200 Jahre Lesegesellschaft).

**Julia Pfister** führt namens der FK II aus, dass das Budget 2016 auch nicht ausgeschöpft worden ist, nur weil noch ein „Guthaben“ vorhanden gewesen sei. Aus diesem Grund schenke die FK II den Verantwortlichen Mark Eberli und Pascal Sidler das Vertrauen, dass sie das Kulturbudget nicht unnötig belasten, wenn es nicht erforderlich ist. Aber es sei sinnvoll, bereits jetzt einen Betrag für die kommenden ausserordentlichen Grossanlässe zu sprechen, statt im Nachhinein das Budget überziehen zu müssen.



**Frédéric Clerc** pflichtet Julia Pfister bei. Es sei ein ausserordentliches Jahr für die Kulturförderung und wenn man diese zusätzlichen Aufwendungen von Fr. 10'000.- nicht dem Kulturbudget belasten wolle, könne man sie auch unter dem Titel „Standortmarketing“ verbuchen.

**Benjamin Blatter** teilt mit, dass **EDU/SVP-Fraktion** gegen die Erhöhung ist. Dies sei ein reiner Reservebetrag, der nicht ins Budget aufgenommen werden müsse.

### Abstimmungen

#### **Änderungsantrag 1 der FK II:**

Erhöhung des Budgets für das Produkt KU-02.3 um Fr. 10'000.-.

Der Änderungsantrag wird mit 17 Stimmen **angenommen**.

#### **Abstimmung bereinigtes Geschäftsfeld Kultur (KU-02)**

Das bereinigte Geschäftsfeld Kultur wird mit 20 Stimmen **angenommen**.

#### ***Geschäftsfeld Land- und Forstwirtschaft (LF-01 bis LF-02)***

Die Fachkommission IV und RPK beantragen einstimmig LF-01 (Forstbetrieb) zu genehmigen.

#### Nicht beschlussrelevante Bemerkungen der FK IV:

Der Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des „Reissverschluss“ für gewisse Aufgaben und Dienstleistungen ist durch die Abteilungen zu prüfen.

**Samuel Lienhart** ergänzt für die **FK IV**, dass bis anhin die Abteilung Land- und Forstwirtschaft auf die Unterstützung durch Mitarbeiter des Reissverschlusses verzichtet habe. Die FK IV sei aber der Meinung, dass mit der neuen Struktur nochmals überprüft werden solle, ob ein solcher Einsatz (vor allem zu Spitzenzeiten) nicht doch sinnvoll wäre.

#### **Abstimmung Geschäftsfeld Land- und Forstwirtschaft (LF-01 – LF-02)**

Das Geschäftsfeld Land- und Forstwirtschaft wird einstimmig **angenommen**.



### ***Geschäftsfeld Liegenschaften (LI-01)***

Die **Fachkommission I** und die **RPK** beantragen **einstimmig** die Genehmigung von LI-01.

#### Nicht beschlussrelevante Bemerkungen der FK I:

Die überhöhten Mietkosten der Feldstrasse 99 belastet das Budget weiterhin unverhältnismässig.

**Cornel Broder** ergänzt namens der FK I: „Wir sind erfreut, dass das Projekt ZVG auf Kurs ist und wir die überhöhten Mieten der Feldstrasse 99 bald eliminieren können.

Bereits gab es bei aktuellen bzw. geplanten Bauprojekten verschiedene Diskussionen über Ablauf, Informationsnotwendigkeiten und Verantwortlichkeiten. Aus Sicht der FK I ist es wichtig, dass sie bereits bei der Planung informiert wird bzw. Einfluss nehmen kann und nicht erst beim fertigen Projekt. Aus diesem Grund warten wir ungeduldig auf die Fertigstellung der Immobilienstrategie, insbesondere auch im Hinblick auf zukünftige Landkäufe sowie die Schulraumplanung.“

### **Abstimmung Geschäftsfeld Liegenschaften (LI-01)**

Das Geschäftsfeld Liegenschaften wird einstimmig **angenommen**.

**David Galeuchet** stellt einen **Ordnungsantrag** auf Unterbruch der Sitzung für eine kurze Pause. Der Rat ist damit einverstanden.

Die Vorsitzende setzt eine **15-minütige Unterbrechung** an.

\*\*\* Pause 19.55 bis 20.10 Uhr \*\*\*

### ***Geschäftsfeld Management Dienste (MD-01 – MD-02)***

Die Fachkommission IV beantragt einstimmig MD-01 (Politik) und MD-02 (Stab) unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrags zu genehmigen.

Auch die RPK beantragt einstimmig MD-01 und MD-02 zu genehmigen.

## Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 12. Dezember 2016

### Änderungsantrag 1 der FK IV (mehrheitlich):

MD-01: Erhöhung des Globalbudgets um Fr. 80'000.-

Die In- und Auslandhilfe ist um 80'000.- auf Fr. 150'000.- zu erhöhen. Wegen der aktuellen Flüchtlingskrise ist die Auslandshilfe als Soforthilfe einzusetzen.

**Samuel Lienhart** ergänzt namens der **FK IV**, dass wenn man die diversen Parlamentsdebatten im Land vergleiche, man stets höre (insbesondere auch von der bürgerlichen Seite her), dass die effektivste Hilfe die Sofort- resp. Entwicklungshilfe vor Ort ist. In Anbetracht der momentanen politischen Welt-Lage ist die Mehrheit der FK IV deshalb dafür, dass die Erhöhung des Beitrags an die In- und Auslandshilfe wichtig und richtig ist.

### Diskussion

**Daniel Wülser** merkt an, dass die **GLP** vor zwei Jahren dafür gesorgt habe, dass Fr. 70'000.- für die In- und Auslandhilfe überwiesen werden konnten. Aber nun werde, wie bereits im Vorjahr auch, schon wieder ein Antrag auf Erhöhung von Fr. 80'000.- gestellt. Die GLP ist der Meinung, dass der Beitrag so belassen werden soll.

### Abstimmungen

**Änderungsantrag 1 der FK IV zu MD-01:** Erhöhung des Globalbudgets um Fr. 80'000.-  
Der Antrag wird mit 15 Stimmen (bei 12 Gegenstimmen und 1 Enthaltung) **abgelehnt**.

#### **Produktgruppe (MD-01)**

Die Produktgruppe MD-01 wird einstimmig **angenommen**.

#### **Produktgruppe (MD-02 Stab)**

Die Produktgruppe MD-02 wird mit 27 Stimmen **angenommen**.

### ***Geschäftsfeld Sicherheit (SI-01 – SI-04)***

Die Fachkommission II beantragt einstimmig die Genehmigung von SI-01 bis SI-04 unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrages zu SI-04.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von SI-01 bis SI-04.



Änderungsantrag 1 der FK II (mehrheitlich):

SI-04 Schiessanlage: Änderung der Steuerungsgrösse „Kostendeckungsgrad für Vereine“ auf neu 90 % (statt 100 %).

Begründung: Der Kostendeckungsgrad von 100% wurde bisher nie erreicht und kann in Zukunft auch nicht erreicht werden.

**Diskussion**

**Claudia Forni** teilt namens der **Grünen** zum Antrag der FK II betreffend SI-04 mit: „Die Grüne Fraktion wird aus mehreren Gründen gegen diesen Antrag stimmen:

- Die Herabsetzung dieser Steuerungsgrösse steht im Widerspruch zu den Wirkungszielen für die Schiessanlage. Dort steht klar und deutlich: "Militär und Vereine decken ihre Kosten zu 100%".
- Die Aussage, der Kostendeckungsgrad von 100% sei in den letzten Jahren nie erreicht worden, ist zwar im Wortlaut richtig, aber irreführend. Ich habe die Rechnungen der Jahre 2010 bis 2015 angeschaut. Das Jahr 2014 fällt statistisch ausser Betracht: ein Wasserleitungsbruch hat damals die ansonsten ausgeglichene Rechnung völlig aus dem Gleichgewicht gebracht. In den übrigen 5 Jahren ist die volle Kostendeckung dreimal fast erreicht worden (96,7%, 96,3% und 97,5%). Der Durchschnittswert in diesen 5 Jahren beträgt 94.3%. Das Ziel ist also durchaus realistisch.
- Jetzt werden neue Kugelfängen montiert. Es ergibt sich somit eine neue Ausgangslage, d.h. die Benützungsgebühren mit den Vereinen müssen diskutiert und angepasst werden. Ist es da sinnvoll, die Verhandlungsposition der Stadt gegenüber den Schiessvereinen schon im Voraus zu schwächen? Wir meinen nicht."

**Andres Bühler** zeigt sich sehr erstaunt über diesen Antrag. Man könne doch nicht einfach die Erwartungen herabsetzen, nur weil das festgelegte Ziel bisher nicht erreicht worden sei.



### Abstimmungen

#### Änderungsantrag 1 der FK II:

SI-04 Schiessanlage: Änderung der Steuerungsgrösse „Kostendeckungsgrad für Vereine“ auf 90 %.

Der Antrag wird mit 19 Stimmen **abgelehnt**.

#### Geschäftsfeld Sicherheit (SI-01 – SI-04)

Das Geschäftsfeld Sicherheit wird einstimmig angenommen.

#### Geschäftsfeld Soziales (SO-01 – SO-07)

Die Fachkommission III beantragt einstimmig die Genehmigung von SO-01 bis SO-07 unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge in SO-01 und SO-04.

#### Antrag 1 der FK III (einstimmig)

SO-01.1 Städtische Kinderbetreuung: Die folgenden Steuerungsgrössen sollen aufgehoben werden:

- Anzahl Betreuungsplätze (Vorgabe von 34 Plätzen)
- Davon für Babys (Vorgabe von 8 Plätzen)

Begründung: Durch die Privatisierung der städtischen Kinderkrippe sind diese zwei Steuerungsgrössen nicht mehr relevant.

#### Antrag 2 der FK III (mehrheitlich)

SO-01.4 Kinder und Jugendliche in der Freizeit: Der Beitrag an den Kinderanlass „Open Sunday“ soll nicht gekürzt werden. Das Budget dafür ist um Fr. 6'000.- zu erhöhen.

Begründung: Der Verein Open Sport Bülach ist trotz der Kürzung bereit, den Kinderanlass Open Sunday weiterhin durchzuführen. Am Open Sunday können Primarschüler im Winterhalbjahr an jedem Sonntagnachmittag in den Turnhallen Hohfuri wie Böswisli spielen und verschiedene Sportarten kennenlernen. Die Kinder haben Bewegung und sitzen nicht nur herum. Der Verein will versuchen, die fehlenden finanziellen Mittel über Sponsoring zu beschaffen. Da das aber kurz- wie auch langfristig schwierig ist, ist die Mehrheit der FK III der Meinung, dass der Beitrag nicht gekürzt werden soll.





Antrag 3 der FK III (mehrheitlich)

SO-01.4 Kinder und Jugendliche in der Freizeit: Der Beitrag von Fr. 10'000.- für den Ideentopf soll nicht gestrichen werden. Anmerkung: Der FK III ist im Abschied ein Fehler unterlaufen: Es handelt sich um den Betrag von Fr. 10'000 und nicht von Fr. 1'000.-. Der Antrag lautet also, dass der Betrag von Fr. 10'000.- für den Ideentopf nicht gestrichen werden soll.

Begründung: Mit dem Ideentopf erhalten Kinder und Jugendliche Unterstützung, wenn sie eine Idee für ein Projekt haben und dafür finanzielle Unterstützung brauchen. Diese Projekte müssen von den Kindern bzw. Jugendlichen organisiert und durchgeführt werden. Sie erhalten dann z.B. Unterstützung für die Miete eines Raumes oder den Druck eines Flyers, dies im maximalen Beitrag von Fr. 2'000.- Mit dem Ideentopf wird die Eigeninitiative bei den Kindern und Jugendlichen gefördert. Die Mehrheit der FK III ist der Meinung, dass dies auch weiterhin der Fall sein soll.

Antrag 4 der FK III (mehrheitlich)

SO-04 Soziale Dienste: Fr. 1'000.- für Stiftung RGZ sollen wieder aufgenommen werden.

Begründung: Die Stiftung RGZ betreut behinderte Menschen. Mit der Streichung von Fr. 1'000.- spart man am falschen Ort. Die Kommissionsmehrheit ist sich darum einig, diesen bescheidenen Betrag auch nächstes Jahr der Stiftung RGZ zukommen zu lassen.

Minderheitsantrag 1 der FK III

SO-01.4 Kinder und Jugendliche in der Freizeit: Der Beitrag an die Mobile Jugendarbeit (JUMO) soll nicht gekürzt werden. Das Budget ist dafür um Fr. 12'000.- zu erhöhen.

Begründung durch Felix Böni: „Die Mobile Jugendarbeit JUMO will sozial gefährdete Jugendliche aufspüren und begleiten. Es handelt sich um eine präventive Massnahme gegen Vandalismus und Störungen im öffentlichen Raum. Im Legislaturbericht 2010-2014 wurde die JUMO wie folgt erwähnt: „Die JUMO und die Stadtpolizei, welche sich regelmässig austauschen, sind sich einig, dass es auf den Strassen und Plätzen in Bülach ruhig und friedlich war. Dies auch dank der Präsenz der JUMO im öffentlichen Raum.“ Durch die Streichung dieses Betrages wird die Mobile Jugendarbeit vollständig abgeschafft. Eine Minderheit der Fachkommission ist gegen diese Abschaffung und beantragt deshalb, das Budget wieder um Fr. 12'000 zu erhöhen.“

Minderheitsantrag 2 der FK III

SO-01.4 Kinder und Jugendliche in der Freizeit: Die Kosten des Betriebs des Jugendtreffs sollen nicht gekürzt werden. Das Budget ist um Fr. 23'000.- zu erhöhen.

Begründung durch Felix Böni: „Eine Kürzung der Kosten beim Jugendtreff bedeutet einerseits eine Kürzung bei den Anschaffungen, andererseits können keine Aktivitäten mehr ausserhalb des Jugendtreffs stattfinden. Es ist der falsche Budgetposten, um ein Zeichen zu setzen. Die Jugendlichen



sollen spüren, dass sie ernst genommen werden und dass wir sie auch ausserhalb eines Vereins unterstützen. Die Kommissionsminderheit beantragt deshalb, das Budget wieder zu erhöhen."

Minderheitsantrag 3 der FK III

SO-04 Soziale Dienste: Der Beitrag an die Stiftung Wisli soll nicht gekürzt werden. Das Budget ist dafür um Fr. 25'000.- zu erhöhen.

Begründung durch Felix Böni: „Die Stiftung Wisli setzt sich in Bülach für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung ein. Dies beim Wohnen, beim Arbeiten und bei der Arbeitsintegration. Ich habe im Vorfeld dieser Gemeinderatssitzung den Geschäftsführer des Wisli kontaktiert und wollte von ihm wissen, wofür dieses Geld eingesetzt wird. Mit der Unterstützung der Stadt Bülach können z.B. die Teilnehmer des jährlichen Ferienlagers unterstützt werden, es ist möglich, einen Fahrdienst an die Solistrasse einzurichten, es können Projektwochen durchgeführt werden, es kann ein Beitrag an den neu geplanten Mittagstisch geleistet werden. Das gemeinsame Ziel all dieser Aktivitäten ist es, die Klienten und Klientinnen zu stabilisieren, ihnen Tagesstrukturen anzubieten und soziale Kontakte zu bieten. Sagen wir doch ja zu dieser Unterstützung!"

Minderheitsantrag 4 der FK III

SO-04 Soziale Dienste: Der Verein „Treffpunkt Büli" soll neu jährlich mit Fr. 15'000.- unterstützt werden.

Begründung durch Felix Böni: „Der Verein „Treffpunkt Büli" bietet Personen mit einer psychischen Erkrankung die Gelegenheit, sich zweimal wöchentlich und einmal im Monat am Sonntag, bei einer gemeinsamen Mahlzeit zu treffen und so etwas der Einsamkeit und der sozialen Isolation zu entrinnen. Das Betreuungsteam leistet bei diesen Essen wichtige Arbeit, indem es den Besuchern einen geschützten Raum für Zusammensein und Austausch bietet, aber auch bei Problemen beratend zur Verfügung steht. Diese Betreuung kann nur durch geschulte Mitarbeiterinnen und nicht durch Laien erfolgen. Die Besucher gelangen oft mit kleinen und grossen Problemen und Schwierigkeiten an die Betreuenden. Durch deren professionelle Unterstützung können diese häufig schon in diesem Rahmen behoben werden, ohne dass das örtliche Sozial- und Gesundheitswesen involviert werden muss. Die Personen, die den „Treffpunkt Büli" betreuen, werden in einigen Jahren pensioniert und darum ist es wichtig eine Nachfolgeregelung zu finden. Dies bedeutet, dass die Löhne, welche seit 1999 nicht adäquat angepasst wurden, erhöht werden sollten und dass eine gründliche Einarbeitung der Nachfolge sichergestellt sein muss. Der Verein selber ist schon zweimal erfolglos wegen einer finanziellen Unterstützung an den Stadtrat gelangt. Die Gesuche wurden jeweils mit der Begründung abgelehnt, dass Bülach am Sparen ist. Denn grundsätzlich anerkennt die Stadt Bülach die wertvolle Arbeit des Vereins. Dies ist unter anderem daran ersichtlich, dass sie den Verein dieses Jahr einmalig mit Fr. 3'000.- im Rahmen der In- und Auslandhilfe unterstützt hat.

## Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 12. Dezember 2016

Damit die wertvolle Arbeit auch Zukunft weitergeführt werden kann, beantragt eine Kommissionsminderheit, den Verein „Treffpunkt Büli“ in Zukunft mit Fr. 15'000.- zu unterstützen und das Budget entsprechend zu erhöhen.“

Die RPK beantragt **mehrheitlich die** Genehmigung der Produktgruppen SO-01 bis SO-07 unter Berücksichtigung **ihres Änderungsantrags für Produkt SO-01.1** (städtische Kinderbetreuung).

Änderungsantrag 1 der RPK (einstimmig):

SO-01.1 städtische Kinderbetreuung: Reduktion Budget um Fr. 100'000.-.

Begründung: Durch Personalabgänge werden die Kosten der Besitzstandswahrung tiefer ausfallen (vorbehältlich allfällige Mehrkosten Rekurs Bürgin).

### Diskussion

**Elisabeth Naegeli** setzt sich namens der **SP-Fraktion** für den Verein Büli-Treff ein: „Seit 1999 unterstützt der kleine gemeinnützige Verein BüliTreff Erwachsene mit einer psychischen Beeinträchtigung. Die politisch und konfessionell neutrale Organisation bietet ihren Besuchern einen von Fachpersonen betreuten Freizeittreff und Wohnbegleitung an. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich. Die Besucher haben aufgrund ihrer oft langjährigen psychischen Erkrankung den Kontakt zu Familie und Freunden ebenso verloren wie ihren Arbeitsplatz. Sie leben zurückgezogen und sind oft am Existenzminimum, sei es mit IV-Rente und Zusatzleistungen oder mit Sozialhilfe. Der Büli-Treff mit regelmässigen Öffnungszeiten ist ein Ort des Austausches und der Vertrautheit. Die Besucher haben eine Anlaufstelle, bei der sie Hilfe und eine günstige und gesunde warme Mahlzeit erhalten.“

Jetzt kommen die Helfer an die Grenzen ihrer Kapazität und benötigen Unterstützung. Der von einigen vorgeschlagene Zusammenschluss mit dem Wisli ist kein gangbarer Weg, da die Besucher den geschützten Rahmen des kleinen Vereins brauchen. Viele von ihnen stellt schon eine Busfahrt von Bülach nach Bachenbülach vor schier unlösbare Probleme und sie sind auf die überschaubaren Strukturen des Büli Treff angewiesen.

Bislang hat der Verein im laufenden Jahr Fr. 3'000.- Unterstützung erhalten. Benötigt würden jedoch weitere Fr. 12'000.-. Der Verein Büli Treff leistet der Stadt Bülach wertvolle Dienste und ich bitte euch deshalb, dem Antrag der Fachkommission zuzustimmen.“



**Stefan Basler** nimmt zu den vorgehenden Anträgen namens der **SVP/EDU-Fraktion** Stellung:  
„SO-04, Treffpunkt Büli: Wir lehnen die Unterstützung dieses zusätzlichen Angebots aus folgenden Gründen ab:

1. Im 2012 wurden der Verein „Treffpunkt Büli“ bei der Kommission Stadt ohne Hindernisse vorstellig. Der Vorschlag der Kommission war, dass sie sich mit der Stiftung Wisli zusammenschliessen sollten. Dieser Vorschlag schmeckte den Verantwortlichen des Vereins nicht und sie haben sich mit ihrem Anliegen an die umliegenden Gemeinden gewandt. Die Fragen der umliegenden Gemeinden sahen folgendermassen aus: „Was zahlt Bülach und wie viele Einwohner aus meiner Gemeinde nutzen das Angebot?“ Da sie keine der beiden Fragen positiv beantworten konnten, sind sie wieder bei der Stadt Bülach angelangt. Wir sehen in dem Vorschlag der Kommission einen gangbaren Weg.
2. Hauptbestandteil ihrer Forderung ist, dass sie zu wenig verdienen. Die Köchin verdient um die Fr. 35.-/Std. und die Betreuerinnen um Fr. 45.-/Std. Zusätzlich verrechnen sie den Besuchern Fr. 9.-. Als Vergleich möchte ich hier den Verein „Mahlzeit“ anführen. Es gibt jeden Mittwoch im Stadthaus-Keller ein Mittagessen für Fr. 3.-. Die Leute, welche das betreiben, zahlen die Miete des Kellers selber und steuern Teile des Mittagessens selber bei, wie z.Bsp. eine selbstgemachte Suppe. Das Essen kommt aus einem Catering und man kriegt zum Hauptgang Dessert und Kaffee. Keiner dieser Personen ist bei der Stadt vorstellig geworden, mit den Worten, sie würden zu wenig verdienen.
3. Die Stadt ist keine Lohnausgleichskasse. Sonst könnten auch die Trainer vom FC Bülach, den Stundenansatz eines Trainers von Bayern-München verlangen.
4. Es gäbe auch organisatorische Massnahmen, die der Verein ergreifen könnte. So könnte er das Angebot auf einen Abend pro Woche reduzieren und könnte dann in eigener Regie die Löhne erhöhen.
5. Bis jetzt konnte niemand das Kosten-/Nutzenverhältnis für den Steuerzahler aufzeigen.

SO-01, Open Sunday: Die benötigten Gelder können über privates Sponsoring organisiert werden. Eine Erhöhung des Beitrags wird daher abgelehnt.

SO-01, Ideentopf: Erstaunlich an dieser Geschichte ist, dass jahrelang nichts mehr gegangen ist und jetzt, wenn der Betrag gestrichen werden soll, geht es wieder vorwärts. Dies ist nicht ehrlich und die SVP/EDU stimmt deshalb für die Streichung.“



Stefan Basler stellt zudem namens der der SVP/EDU-Fraktion folgenden Zusatzantrag zu SO-01.4:

Der Beitrag an die Mobile Jugendarbeit (JUMO) solle um weitere Fr. 12'000.- gekürzt werden. Als Begründung fügt Stefan Basler an, dass es fraglich sei, weshalb es überhaupt eine JUMO brauche. Für Kinder zwischen 3 und 8 Jahren gäbe es mehr als genügend Sportangebote. Und darüber hinaus stehe den Kindern und Jugendlichen ein umfangreiches Angebot von Badminton bis Wing Tsun zur Verfügung. Auch gäbe es zusätzlich diverse Angebote ausserhalb des Sportbereichs. Die Jugendlichen hätten genug Möglichkeiten, sich auf die eine oder andere Art zu betätigen, wenn sie dies denn auch möchten. Aber die wichtigste Frage, was man mit der JUMO überhaupt erreichen möchte, sei für die SVP/EDU nicht klar. Zwei Zivildienstleistende würden die Jugendlichen aufsuchen und ihnen Fragen stellen. Aber was dann weiter tatsächlich unternommen werde, wisse man nicht genau. Auch als Jugendlicher habe man das Recht, in Ruhe gelassen zu werden. Und dieses Vorgehen erinnere ihn an nervige Vertreter oder Telefonverkäufer, die von einem immer im ungünstigsten Moment etwas wollen. Daher sei auch der Zusatzantrag zur Streichung um weitere Fr. 12'000.- eingereicht worden.

Die Vorsitzende fragt verständnishafter nach, ob mit der beantragten Kürzung der SVP/EDU von Fr. 12'000.- der gesamte im Budget eingestellte Beitrag an die JUMO gestrichen würde.

**Stefan Basler** erklärt, dass im Budget Fr. 12'000.- für die JUMO vorgesehen sind und die SVP/EDU diesen Beitrag ganz streichen möchte. Die Minderheit der FK III wolle diesen Betrag zusätzlich nochmals um Fr. 12'000.- erhöhen, was dann Fr. 24'000.- für die JUMO bedeuten würde.

**Conny Brizza** teilt mit, dass sie sich betreffend JUMO bei einigen Lehrern erkundigt habe. Niemand von den Befragten habe gewusst, was denn JUMO überhaupt ist.

**Jörg Inhelder** möchte betreffend des RPK-Streichungsantrags hinsichtlich der Reduktion des Budgets bei der städtische Kinderbetreuung um Fr. 100'000.- klar stellen, dass dies mit Stadtrat Rudolf Menzi abgesprochen ist und niemandem eine Leistung gestrichen würde. Das Budget wurde nur den aktuellen Gegebenheiten angepasst, die zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt waren.

**David Galeuchet** möchte von Rudolf Menzi wissen, ob man schon mehr wisse, wie es betreffend des Rekurses „Bürgi“ aussieht. Ob man diesen Betrag nicht doch als Sicherheit im Budget belassen sollte, falls es hier noch zu einer Änderung kommt.

**Rudolf Menzi** teilt mit, dass der Rekurs vollumfänglich abgewiesen worden ist und bis heute auch beim Verwaltungsgericht noch nichts eingegangen sei, dass der Rekurs weitergezogen worden sei.



Man werde auf jeden Fall am 1. Januar 2017 mit der neuen Betreiberin der Kinderkrippe starten. Momentan sei die Budget-Gewährleistung auch mit der Streichung von Fr. 100'000.- noch gegeben. Wie es dann definitiv weitergeht, könne er aber noch nicht sagen. Es komme auf den weiteren Verlauf des Verfahrens und des Schriftenverkehrs an.

Weiter führt Rudolf Menzi aus, dass der Stadtrat sich bewusst sei, dass soziale Leistungskürzungen nicht populär seien. Aber die Leistungsüberprüfung habe vor einem Jahr gestartet und man habe diesen Auftrag ernst genommen. Es sei vor allem bei den freiwilligen Beiträgen gespart worden. Dem Verein Treffpunkt Büli habe man mitgeteilt, dass, wenn man in einer Leistungsüberprüfung sei, man nicht bei den bisherigen Vereinen Leistungen streichen und gleichzeitig aber neue Vereine unterstützen könne. Für nächstes Jahr sei vorgesehen, dass sämtliche Vereine, die Beiträge von der Stadt Bülach erhalten wollen, neu bewertet werden.

**Samuel Lienhart** kann nicht verstehen, dass Stefan Basler in seinem Votum betreffend Treffpunkt Büli das Kosten-/Nutzenverhältnis für den Steuerzahler als Argument für die Streichung eingebracht hat. Es gehe hier um Menschen mit einer Einschränkung oder Behinderung, die, so gut es geht, wieder in die Gesellschaft integriert werden sollen. Er begreife nicht, dass man sich wegen dieser kleinen Beträge streiten müsse. Für die betroffenen Menschen sei diese Unterstützung wichtig und es könne doch nicht sein, dass wieder auf dem Buckel der Schwächsten gespart werden solle.

**Claudia Forni** bringt namens der **Grünen Fraktion** folgenden Zusatzantrag ein.

Zusatzantrag der Grünen Fraktion zu SO-04 Soziale Dienste

Erhöhung des Globalbudgets um CHF 20'000.-.

Begründung: Mit diesem Betrag soll der Arbeitsgruppe Stadt ohne Hindernisse wieder ein angemessenes Budget zur Verfügung gestellt werden.

**Claudia Forni** führt dazu aus: „Letztes Jahr kürzte der Gemeinderat das Budget in dieser Produktgruppe um Fr 40'000.- für den Erlebnistag „Stadt ohne Hindernisse“. Die Arbeitsgruppe hatte die Vorarbeiten für diesen Begegnungsanlass bereits geleistet. Ihr wurde jedoch nur noch ein Rumpfbudget belassen, mit dem sie kaum etwas unternehmen konnte. Gemäss Voranschlag soll das auch 2017 so bleiben. Die Arbeitsgruppe Stadt ohne Hindernisse muss wieder in die Lage gesetzt werden, ihre Aufgabe als Stimme der Menschen mit Behinderung wahrzunehmen. Dazu gehören Projekte zur Sensibilisierung und zum Gespräch mit der Bevölkerung. Der Erlebnistag wäre ein solches Projekt gewesen. Dieses Jahr könnte es – als schlankere und günstigere Version – ein Auftritt am Bülifest sein. Dazu gehören aber auch konkrete Vorhaben wie die Mitarbeit an Projektpläne zu den Bahnstufunterführungen auf städtischem Gebiet oder die Komplettierung und Aktualisierung der App,



mit der sich Behinderte über Zugänge zu Geschäften, Zahnarzt- und Arztpraxen sowie öffentlichen Räumen informieren können. Als beratende Kommission kann die Arbeitsgruppe Stadt ohne Hindernisse „Runde Tische“ z.B. mit Restaurantbesitzern oder –betreibern und anderen Organisatoren Veranstaltungen durchführen oder aktuelle Bauprojekte begleiten.

Obwohl alle Mitglieder der Arbeitsgruppe (mit Ausnahme der Stadtvertretung) diese wertvolle Arbeit völlig gratis leisten, entstehen dabei natürlich Kosten, die sie nicht auch noch selber tragen können. Sie braucht deshalb dringend eine finanzielle Grundlage, um weiter handlungsfähig zu bleiben. Wir bitten den Rat deshalb inständig, ihr diese Mittel nicht zu verweigern.

**Julia Pfister** findet es mehr als traurig, dass wieder bei den Schwächsten gespart werden soll.

**Jürg Rothenberger** meint, dass, auch wenn es sich hier um ein sehr emotionales Thema handeln würde, man das Ganze sachlich und emotionslos analysieren müsse. Er lehne deshalb diese Erhöhungen im Sinne des stadträtlichen Antrags ab.

**David Galeuchet** ist enttäuscht, wieder werde nur bei Vereinen und Institutionen, die sich um geistig oder körperlich Behinderte kümmern, gespart. Er frage sich, warum denn nicht auch bei den Sportvereinen gekürzt wurde. Die Antwort läge aber auf der Hand: diese, mit einem Handicap betroffenen Personen, gehen nicht an die Urne und sind auch keine potentiellen Wähler. Deshalb wären sie für die Politiker auch eine wenig interessante Zielgruppe.

**Dominic Kleiber** erstaunt es nicht, dass bei gewissen Lehrern die JUMO nicht bekannt ist. JUMO richte sich ja auch nicht an Sek- oder Kantischüler, sondern an die schwächeren und randständigen Jugendlichen, die sonst keine eigene Lobby haben. Es gehe hier um Prävention, die mit relativ geringem Kostenaufwand viel bewirken könne. Jeder Jugendliche, der frühzeitig von der Strasse oder aus einem negativen Umfeld geholt werden könne, koste den Staat weit weniger, als wenn man ihn im Nachhinein mit Therapien oder anderen Massnahmen unterstützen müsse.



### Abstimmungen

#### Antrag 1 der FK III zu SO-01.1 Städtische Kinderbetreuung:

Steuerungsgrößen anpassen:

- Anzahl Betreuungsplätze (Vorgabe von 34 Plätzen)
- Davon für Babys (Vorgabe von 8 Plätzen)

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

#### Antrag 1 der RPK zu SO-01.1 Städtische Kinderbetreuung:

Reduktion des Budgets um Fr. 100'000.-

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

#### Antrag 2 der FK III zu SO-01.4 Kinder und Jugendliche in der Freizeit:

Erhöhung Budget um Fr. 6'000.- für Kinderanlass „Open Sunday“.

Der Antrag wird mit 16 Stimmen **abgelehnt**.

#### Antrag 3 der FK III zu SO-01.4 Kinder und Jugendliche in der Freizeit:

Beitrag von Fr. 10'000.- für den Ideentopf soll nicht gestrichen werden.

Der Antrag wird mit 15 Stimmen **abgelehnt**.

### Gegenüberstellung

**Antrag Minderheit FK III:** Erhöhung Budget um Fr. 12'000.- für JUMO gegen

**Antrag der Stefan Basler:** Kürzung Budget um Fr. 12'000.- (Streichung ganzer Beitrag an JUMO)

Antrag Minderheit FK III 12 Stimmen

Antrag Stefan Basler 12 Stimmen

Enthaltungen 4 Stimmen

Die Vorsitzende fällt den **Stichentscheid zugunsten des Minderheitsantrags der FK III**. Der Antrag betreffend Erhöhung des JUMO-Beitrags um Fr. 12'000.- erhält somit die Mehrheit mit 13 Stimmen.

### Abstimmung über Siegevriante aus der Gegenüberstellung

Antrag **Fachkommission III** (Sieger) wird dem **Buch/VA 2017** gegenübergestellt.

Antrag Minderheit FK III 12 Stimmen

Variante Buch/VA 2017 16 Stimmen

Die **Variante Buch/VA 2017** wird mit 16 zu 12 Stimmen **angenommen**.





**Minderheitsantrag 2 der FK III zu SO-01.4 Kinder und Jugendliche in der Freizeit:**

Erhöhung Budget um Fr. 23'000.- für Jugendtreff.

Der Antrag wird mit 16 zu 12 Stimmen **abgelehnt**.

**Antrag 4 der FK III zu SO-04 Soziale Dienste:**

Erhöhung Budget um Fr. 1'000.- für Stiftung RGZ.

Der Antrag wird mit 15 zu 13 Stimmen **abgelehnt**.

**Minderheitsantrag 3 der FK III zu SO-04 Soziale Dienste:**

Erhöhung Budget um Fr. 25'000.- als Beitrag an die Stiftung Wisli.

Der Antrag wird mit 14 zu 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

**Minderheitsantrag 4 der FK III zu SO-04 Soziale Dienste:**

Erhöhung Budget um Fr. 15'000.- für Unterstützung des Vereins „Treffpunkt Büli“.

Der Antrag wird mit 16 zu 12 Stimmen **abgelehnt**.

**Zusatzantrag der Grünen Fraktion zu SO-04 Soziale Dienste:**

Erhöhung Budget um Fr. 20'000.- als Beitrag für Arbeitsgruppe Stadt ohne Hindernisse.

Der Antrag wird mit 16 zu 12 Stimmen **abgelehnt**.

**Schlussabstimmung über bereinigtes Geschäftsfeld Soziales (SO-01 – SO-07)**

Das bereinigte Geschäftsfeld Soziales wird mit 16 zu 12 Gegenstimmen **angenommen**.

***Geschäftsfeld Sport (SP-01– SP-02)***

***Produktgruppe SP-01***

Die **Fachkommission IV** und die **RPK** beantragen **einstimmig** die Genehmigung von **SP-01** (Sportzentrum Hirslen und Freibad) unter Berücksichtigung ihres analogen Änderungsantrags.

Die **Fachkommission IV** und **RPK** beantragen **einstimmig** die Genehmigung von **SP-02** (Sportamt).



Änderungsantrag 1 zu SP-01 der FK IV (mehrheitlich) und RPK (mehrheitlich):

FK IV: Erhöhung des Globalbudgets um Fr. 146'000.- respektive

RPK: Eintrittspreiserhöhung streichen (Wegfall Einnahmen von Fr 146'000.-)

Begründung RPK und FK IV:

FK IV: Die gültigen Eintrittspreise sind bereits am oberen Limit angesiedelt.

RPK: Eintrittspreiserhöhung überrissen und ohne Mehrwert/Zusatznutzen nicht gerechtfertigt.

**Samuel Lienhart** ergänzt namens der **FK IV**, dass man mit dem neuen Tarifmodel über dem Preislimit sei. Aufgrund der hohen Eintrittspreise könnten Kunden und Gäste abgehalten werden und dann hätte man genau das Gegenteil erreicht, von dem was man eigentlich gewollt habe.

**Abstimmungen Produktgruppe SP-01**

**Änderungsantrag 1 der FK IV und RPK**

Erhöhung des Globalbudgets um Fr. 146'000.- (Eintrittspreiserhöhung Hirslen streichen).

Der Änderungsantrag der FK IV und der RPK wird mit 19 zu 9 Stimmen **angenommen**.

**Bereinigte Produktgruppe SP-01**

Die bereinigte Produktgruppe SP-01 wird einstimmig **angenommen**.

**Abstimmung Produktgruppe SP-02**

Die Produktgruppe SP-02 wird einstimmig **angenommen**.

***Geschäftsfeld Verkehr (VE-01)***

Die Fachkommission I und RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von VE-01.

**Abstimmung Geschäftsfeld Verkehr (VE-01)**

Das Geschäftsfeld Verkehr wird einstimmig **angenommen**.



**Geschäftsfeld Werke (Wasser, Abwasser) (WE-00 – WE-05)**

Die Fachkommission I und RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von WE-00 bis WE-05.

**Cornel Broder** merkt als Präsident der FK I an: „Zusätzlich zu den üblichen Erklärungen zum Budget wurde die FK I und teilweise die RPK von der Abteilung Infrastruktur über folgende Themen informiert: Geplante Ausbauschritte ARA, Stand Erschliessung Büli Nord, Massnahmen Hochwasserschutz sowie Neubau Reservoir Neubrich. Die frühzeitigen Informationen erlauben eine zeitgerechte Einflussnahme, reduzieren späteren Bearbeitungsaufwand und ermöglichen so eine optimale Zusammenarbeit. Wir wünschen uns im Zusammenhang mit der OE-Anpassung einen vergleichbaren Informationsaustausch auch in allen anderen Geschäftsfeldern.“

**Alfred Schmid** möchte vom Stadtrat wissen, ob Anpassungen der Gebühren im Bereich Wasser/Abwasser geplant sind, da doch noch beachtliche Investitionen getätigt werden müssen.

**Stadtrat Willi Meier** erklärt anhand der nachfolgenden Folie, dass vorerst keine Notwendigkeit bestehe, die Wasser-Gebühren zu erhöhen.

Finanz- und Ausgabenplanung Wasser 2016-2020

		Eigenkapital				701.434021	
Jahr		HRM2	Saldo (Topf)	Zu- oder Abnahme	Gebühr	Ausgaben	Einnahmen
2009			1'739'572		1.95	804'000	2'615'724
2010			2'278'578	539'006	1.95	1'223'000	2'587'657
2011	RE		2'833'198	554'620	1.95	986'000	2'620'607
2012	RE		3'009'324	176'126	1.65	1'006'000	2'643'328
2013	RE		3'110'857	101'533	1.65	986'000	2'300'802
2014	RE		2'941'905	-168'952	1.65	2'392'000	2'304'660
2015	RE		3'140'590	198'685	1.65	1'664'000	2'337'695
2016	FC		2'599'000	-542'000	1.65	2'915'000	2'300'000
2017	VO		2'093'000	-506'000	1.65	3'896'000	2'300'000
2018	FiPlan		1'396'000	-697'000	1.65	2'320'000	2'333'000
2019	FiPlan	HRM2	1'620'000	224'000	1.65	1'545'000	2'366'000
2020	FiPlan	HRM2	1'851'000	231'000	1.65	1'105'000	2'399'000

**Ausgaben:**

2016; Höhere Ausgaben infolge Bauarbeiten an der Hochfelderstrasse

2017/18 ; Höhere Ausgaben infolge Erweiterung / Neubau Reservoir Neubrich

Abnahme des Saldo von 3'140'000.- auf 1'396'000.-

Ab 2019 wieder steigender Saldo infolge HRM2

Der Kostendeckungsgrad liege zurzeit bei 85 % und betrage im Jahr 2020 voraussichtlich 108 %. Der Selbstfinanzierungsgrad sei momentan bei 27 % und für 2020 wird er auf 35 % zu stehen kommen.



David Galeuchet hat zwei Anträge namens der Grünen:

**Zusatzantrag 1 der Grünen zu WE-02.2 Betrieblicher Unterhalt Strassen, weitere Leistungen**  
Kürzung Budget um Fr. 10'000.- (Erhöhung Nachparktarife um 10%).

**Zusatzantrag 2 der Grünen zu WE-02.2 Betrieblicher Unterhalt Strassen, weitere Leistungen**  
Kürzung Budget um Fr. 490'000.- (Verdoppelung und Bewirtschaftung aller öffentlichen Parkplätze).

Als Begründung führt er aus, dass es noch diverse Parkplätze gäbe, die nicht bewirtschaftet würden (Bsp. Beim Stadtweiher, Vita Parcours, etc.). Auch sei das Parkieren im Stadtzentrum sehr günstig: Hier kosten 2 Stunden gerade mal Fr. 1.-. Eine Verdoppelung des Betrags würde niemandem wirklich weh tun. Anhand der nachfolgenden Tabelle zeigt D. Galeuchet die zusätzlich möglichen Einnahmen auf:

Position	Rechnung 2015	Berechnung 2017	Voranschlag 2017	Mehrertrag
Bruttoertrag Parkuhren	564'796	200%	1'129'592	
Kosten Bewirtschaft	88'921	120%	106'705	
<b>Ertrag Parkuhren</b>	<b>475'875</b>		<b>1'022'887</b>	<b>547'012</b>
Nachtparkieren	135'000	110%	148'500	
Überwachung Nachtparkierer	13'908	110%	15'299	
<b>Ertrag Nachtparkierer</b>	<b>121'092</b>		<b>133'201</b>	<b>12'109</b>
<b>Total Ertrag</b>	<b>596'967</b>		<b>1'156'088</b>	<b>559'121</b>

Michel Pasche stellt einen **Ordnungsantrag** auf Unterbruch der Sitzung, damit man sich über die beiden Zusatzanträge der Grünen beraten kann.  
Der Rat ist mehrheitlich damit einverstanden.

Die Vorsitzende setzt eine **5-minütige Unterbrechung** an.

\*\*\* Pause 21.10 bis 21.15 Uhr \*\*\*



**Andreas Müller** meint, dass die Parkgebühren ein emotionales Thema seien. Natürlich könne man mit einer Erhöhung auch mehr Einnahmen generieren, aber er gibt zu bedenken, dass eine Anhebung der Parkgebühren in der Altstadt vor allem für das Gewerbe schädlich sei. Die Parkgebühren im Zentrum dürfen keinesfalls höher sein, als in Büli Süd. Das würde zu einer Ungleichbehandlung und zur Benachteiligung für die Gewerbetreibenden in der Altstadt führen.

### Abstimmungen

#### **Zusatzantrag 1 der Grünen zu WE-02.2 Betrieblicher Unterhalt Strassen, weitere Leistungen**

Kürzung des Budgets um Fr. 10'000.- (Erhöhung Nachparktarife).

Der Antrag wird mit 20 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung **angenommen**.

#### **Zusatzantrag 2 der Grünen zu WE-02.2 Betrieblicher Unterhalt Strassen, weitere Leistungen**

Kürzung des Budgets um Fr. 490'000.- (Verdoppelung Parkgebühren).

Der Antrag wird mit 17 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

#### **Bereinigtes Geschäftsfeld Werke (Wasser, Abwasser) (WE-00 – WE-05)**

Das bereinigte Geschäftsfeld Werke (Wasser, Abwasser) wird einstimmig **angenommen**.

**David Galeuchet** stellt einen **Rückkommensantrag**, da er noch eine Bemerkung zu WE-02 anbringen möchte.

Der Rat ist damit einverstanden.

**David Galeuchet** teilt zu WE-02 mit, dass die **Grünen** die Kürzung der Schneeräumung akzeptieren können. Aber, es wird darum gebeten, dass auf ältere und schwächeren Verkehrsteilnehmer – welche mehrheitlich zu Fuss unterwegs sind – Rücksicht genommen werde und beim Unterhalt der Trottoirs keine Abstriche gemacht werden.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 12. Dezember 2016

### ***Geschäftsfeld Wirtschaft und Arbeit (WA-01)***

Die **Fachkommission IV** und die **RPK** beantragen **einstimmig** WA-01 zu genehmigen.

**Julia Pfister** stellt namens der **EVP** einen Zusatzantrag betreffend Standortförderung.

Erhöhung Budget um Fr. 13'000.- für die Standortförderung.

Die Standortförderung dürfe nicht gekürzt werden, damit würde am falschen Ort gespart. Ein gutes Marketing sei für Bülach wichtig. Es gehe hier um eine wichtige Kommunikations- und Informationsplattform (Bsp. den Treffpunkt der Fachgruppe Wirtschaft, Begrüßungsanlass für neue Gewerbetreibende und Unternehmer, etc.).

### **Abstimmungen**

**Zusatzantrag der EVP betreffend Standortförderung,**

Erhöhung Budget um Fr. 13'000.-.

Der Antrag wird mit 16 zu 12 Stimmen **abgelehnt**.

**Geschäftsfeld Wirtschaft und Arbeit (WA-01)**

Das Geschäftsfeld Wirtschaft und Arbeit einstimmig **angenommen**.



## 6. Investitionsrechnung

### *Kapitel 0 – Behörden und Verwaltung*

Abstimmung Kapitel 0:

Das Kapitel wird diskussionslos einstimmig **genehmigt**.

### *Kapitel 1 – Rechtsschutz und Sicherheit*

Abstimmung Kapitel 1:

Das Kapitel wird diskussionslos einstimmig **genehmigt**.

### *Kapitel 2 – Bildung*

Die RPK beantragt einstimmig folgende Kürzung:

#### Kürzungsantrag 1 der RPK

Konto 217.5030.76, neue Schulräume gemäss externer Schulraumplanung: Kürzung um Fr. 350'000.-.  
Begründung: Wurde mit Beat Gmünder, Liegenschaftenverwaltung, abgesprochen.

**Samuel Lienhart** möchte wissen, ob denn der Restbetrag für die Schulraumplanung wirklich ausreicht.

**Virginia Locher** meint, dass es gehen müsste.

### Abstimmungen

#### **Abstimmung Kürzungsantrag 1 der RPK:**

Konto 217.5030.76, neue Schulräume gemäss externer Schulraumplanung: Kürzung um Fr. 350'000.-.  
Der Kürzungsantrag wird einstimmig **angenommen**.

#### **Abstimmung bereinigtes Kapitel 2 – Bildung**

Das bereinigte Kapitel wird einstimmig **genehmigt**.



***Kapitel 3 – Kultur und Freizeit***

Abstimmung Kapitel 3:

Das Kapitel wird diskussionslos einstimmig **genehmigt**.

***Kapitel 4 – Gesundheit***

Abstimmung Kapitel 4:

Das Kapitel wird diskussionslos einstimmig **genehmigt**.

***Kapitel 5 – Soziale Wohlfahrt***

Abstimmung zu Kapitel 5:

Das Kapitel wird diskussionslos einstimmig **genehmigt**.

***Kapitel 6 – Verkehr***

Die RPK beantragt mehrheitlich folgende Streichungen:

Streichungsantrag 1 der RPK

Konto 620.5010.154, Begegnungszone Altstadt Verkehr: Streichung der Investition von Fr. 50'000.-.

Begründung: Dieses Projekt hat 2. Priorität.

Streichungsantrag 2 der RPK

Konto 620.5010.183, Hans-Haller-Platz, Platzgestaltung und Gestaltung Kirchenhügel: Streichung der Investition von Fr. 50'000.-.

Begründung: Dieses Projekt hat 2. Priorität.





**Jörg Inhelder stellt zusätzlich folgenden Streichungsantrag:**

Konto 620.5010.213, Zentrumsdurchfahrt Bülach: Streichung der Fr. 90'000.-

Dieses Projekt soll aufgeschoben werden, bis klar ist, wie es betreffend des Gesamtverkehrskonzepts (GVK) weiter geht.

**Samuel Lienhart** fragt beim Stadtrat nach, welche Konsequenzen diese Streichungen der RPK betreffend Hans-Haller-Platz und Begegnungszone Altstadt mit sich bringen würde.

**Stadtrat Willi Meier** führt aus, dass bis anhin einfach das Geld gefehlt habe um die Begegnungszone fertigzustellen. Dann wurde auch zugewartet bis das Bauprojekt von Jakob Meier in der Hans-Haller-Gasse aufgegleist war (mittlerweile wurde das aber auf Eis gelegt). Zudem ist die Kirchenpflege aus dem Projekt beim Hans-Haller-Platz ausgestiegen, da alles so belassen werden sollte, wie es bisher war. Einzig die Kantonspolizei pocht darauf, dass die Begegnungszone in der Altstadt endlich fertig gestellt wird. Aber man könne damit leben, wenn mit diesen Projekten nochmals zugewartet werde. Willi Meier schlägt vor, dass man sich demnächst zusammen mit der RPK und der Kantonspolizei betreffend eines verbindlichen Zeitplans für die Fertigstellung dieser beiden Projekte treffen könnte.

**Alfred Schmid** ist mit diesen Vorschlag einverstanden.

**Jürg Rothenberger** möchte wissen, was das genau bedeute: „die Begegnungszone fertig stellen“.

**Willi Meier** teilt mit, dass eigentlich alle Trottoirs aufgehoben werden müssten, damit eine Begegnungszone von Fassade zu Fassade entstehen könne. Bei der Hans-Haller-Gasse sei dies noch nicht korrekt umgesetzt, hier gäbe es noch ein Trottoir (rechts bei der Kirche und bei Jakob Meier).

**Abstimmungen**

**Abstimmung Streichungsantrag 1 der RPK:**

Konto 620.5010.154, Begegnungszone Altstadt: Streichung der Investition von Fr. 50'000.-.  
Der Streichungsantrag wird mit 19 zu 9 Stimmen **angenommen**.

**Abstimmung Streichungsantrag 2 der RPK:**

Konto 620.5010.183, Hans-Haller-Platz und Kirchenhügel: Streichung der Investition von Fr. 50'000.-.  
Der Streichungsantrag wird mit 18 zu 10. Stimmen **angenommen**.



**Stadtrat Hanspeter Lienhart** bittet den Gemeinderat nochmals eindringlich, den Antrag von Jörg Inhelder betreffend Streichung des Betrags für die Zentrumsdurchfahrt abzulehnen. Das Projekt Zentrumsdurchfahrt sei im regionalen Richtplan und im Agglomerationsprogramm (3. Generation) enthalten. Zudem sei die Problematik betreffend des Busbahnhofs noch nicht gelöst. Der Kanton habe schon einen positiven Bericht nach Bern weitergeleitet. Wenn dieser Kredit jetzt vom Gemeinderat gestrichen würde, schliesse man daraus, dass man noch gar keine Planung wolle. In diesem Falle würden sowohl der Kanton wie auch der Bund ihr Geld wieder aus dem Pot für das Agglomerationsprogramm streichen und man müsste nochmals bei Null beginnen. Man würde sich eine Chance vergeben und ein aufgegleistes Projekt zwischen Bülach und dem Kanton verspielen.

**Abstimmung Streichungsantrag Jörg Inhelder**

Konto 620.5010.213, Zentrumsdurchfahrt Bülach: Streichung von Fr. 90'000.-  
Der Streichungsantrag wird mit 25 Stimmen **abgelehnt**.

**Abstimmung bereinigtes Kapitel 6 - Verkehr**

Das bereinigte Kapitel wird mit 27 Stimmen **genehmigt**.

***Kapitel 7 – Umwelt und Raumordnung***

Abstimmung Kapitel 7

Das Kapitel wird diskussionslos einstimmig **genehmigt**.

***Kapitel 8 – Volkswirtschaft***

Abstimmung Kapitel 8:

Das Kapitel wird diskussionslos einstimmig **genehmigt**.

***Kapitel 9 – Finanzen***

Abstimmung Kapitel 9

Das Kapitel wird mit 27 Stimmen **genehmigt**.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 12. Dezember 2016

Die Vorsitzende setzt eine **10-minütige Unterbrechung** an.

\*\*\* Pause: 21.35 Uhr bis 21.45 Uhr. \*\*\*

### **7. Schlussabstimmung über den bereinigten Produktgruppenvoranschlags 2017**

**Markus Wanner** fasst die zuvor beschlossenen Änderungen gemäss **Beilage 2** zusammen.

Das Total des zusätzlichen Aufwands aus den Veränderungen beträgt Fr. 107'000.-.

Das Ertragstotal beträgt Fr. 130'979'475.-. Der totale Aufwand schlägt mit Fr. 131'267'567.- zu Buche.

Es ergibt sich ein Aufwandüberschuss von Fr. 289'092.-.

Die gesamthafte Kürzung in der Investitionsrechnung beläuft sich auf Fr. 450'000.-.

Markus Wanner weist im Hinblick auf die folgende Beratung über den Steuerfuss darauf hin, dass 1 Steuerprozent ca. Fr. 400'000.- entspricht.

#### Schlussabstimmung

Eine erste Abstimmung wird aufgrund eines **Rückkommensantrags** von **David Galeuchet** wiederholt, da nicht klar gewesen war, dass über den Produktegruppenvoranschlag 2017 abgestimmt werden sollte und nicht über die Investitionsrechnung (bei der Präsentation wurde versehentlich die Investitionsrechnung angezeigt).

#### Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung wird der **bereinigte Produktgruppenvoranschlag 2017** mit 25 Ja- bei 3 Gegenstimmen **angenommen**.



## 8. Schlussabstimmung über die Investitionsrechnung 2017

In der Schlussabstimmung wird die Investitionsrechnung 2017 einstimmig **gutgeheissen**.

## 9. Detailberatung und Beschluss Steuerfuss 2017

Die **RPK** beantragt, dass der Steuerfuss bei **92 %** zu belassen ist.

**David Galeuchet** beantragt im Namen der **Grünen** eine Steuererhöhung um 2 % auf **94 %**, damit die zukünftige Nettoverschuldung abgedeckt werden kann.

Dem Antrag um Steuererhöhung um 2 % schliessen sich auch die **EVP** sowie die **SP** an.

### Schlussabstimmung über den Steuerfuss 2017

Die Varianten werden einander gegenübergestellt, es gilt das absolute Mehr:

Antrag Grüne; EVP, SP 94%: 12 Stimmen.

Antrag RPK 92%: 16 Stimmen.

Der **Steuerfuss** wird mit 16 zu 12 Stimmen **auf 92 % festgesetzt**.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Der Voranschlag 2017 des Politischen Gemeindeguts wird mit den vorhin beschlossenen Änderungen genehmigt.

- 1.1 Der Produktgruppen-Voranschlag 2017 der Stadt Bülach, mit einem Aufwandüberschuss Fr. 289'092.- bei einem Ertrag von Fr. 130'979'475.- und einem Aufwand von Fr. 131'268'567.-, wird genehmigt.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 12. Dezember 2016

- 1.2 Die Investitionen des Verwaltungsvermögens der Stadt Bülach mit Ausgaben von Fr. 17'367'000.- und Einnahmen von Fr. 132'000.- sowie Nettoinvestitionen von Fr. 17'235'000.- sowie die Nettoinvestitionen im Finanzvermögen von Fr. 1'519'000.- werden genehmigt.
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2017 wird auf 92% (Vorjahr ebenfalls bei 92%) des einfachen Staatssteuerertrags festgesetzt.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Deckung des Geldbedarfs erforderlichen Mittel aufzunehmen.
4. Mitteilung an:
  - Stadtrat
  - Abteilung Finanzen

Traktandum 7

### **Fragen an Kommissionen und Stadtrat**

---

Aus dem Rat werden keine Wortmeldungen gewünscht.

Traktandum 8

### **Diverses**

---

#### **Cornel Broder gibt folgende Erklärung der SVP betreffend Wydhof ab:**

„Für einmal hat der Stadtrat offensichtlich seine Sorgfaltspflicht wahrgenommen, denn er ist dazu verpflichtet, die Einhaltung der Regeln und Kompetenzteilungen zu garantieren.

Deshalb erachten wir das Vorgehen als korrekt und transparent, die Rüge ist berechtigt. Es muss hier aber der Vollständigkeit halber festgestellt werden, dass für die Stadt durch den nachträglichen Kreditbeschluss kein Schaden entstanden ist und Stadtrat Willi Meier dieses Versäumnis eingestanden und die Verantwortung dafür übernommen hat.



Hingegen betonen wir in aller Klarheit, dass der Kaufentscheid ein Beschluss des Gesamt-Stadtrats war. Auch wenn sich kurzfristig keine Rendite erwirtschaften lässt, ist nach wie vor offen, wie es mit einer späteren Wertschöpfung aussieht. Dass nun von politischen Gegnern Kritik am Kaufentscheid mit Willi Meier in Zusammenhang gebracht wird, ist äusserst fragwürdig. Wo ist hier die viel zitierte Kollegialität des Stadtrats? Wenn der Stadtrat im Sinne der Transparenz seinen Beschluss von einer externen Stelle überprüfen lässt, ist nichts einzuwenden. Hingegen haben wir grosse Zweifel daran, ob der Stadtpräsident und der Stadtrat die Grösse und Souveränität haben, ihre eigene Arbeitsweise zu hinterfragen. So hat der Stadtrat zum Beispiel eine vom Gemeinderat geforderte Überprüfung der Bauabteilung im Zusammenhang mit der Ablösung des Stadtingenieurs, obschon versprochen, nicht durchführen wollen. Und warum hat der Stadtrat in Sachen EDV- Debakel, wo X-Millionen Franken versenkt wurden, seine Sorgfaltspflicht nicht wahrgenommen? Warum stellte sich der Stadtpräsident bei der ersten öffentlichen kritischen Anfrage unreflektiert und im Schnellschuss hinter die verantwortliche Person? Warum hat der Stadtrat bei diesem Geschäft keine unabhängige externe Untersuchung veranlasst? Dann hätten die Parteien SVP, FDP und BSB nicht an den Bezirksrat gelangen müssen. Kann es sein, dass der Stadtrat nur in bestimmten Fällen und bei bestimmten Personen als Kollegium handelt? Kann es sein, dass der Stadtrat nur in bestimmten Fällen für Transparenz einsteht? Kann es sein, dass die Führung des Stadtrats politische Ränkespiele nicht durchschauen kann oder will?

Die linke Ratsseite stört sich an der angeblichen Interpellationswut. Was ist denn der eigentliche Grund für die eingereichte Interpellation der SP. Transparenz bzw. Aufarbeitung der Fakten kann nicht der Grund sein. Stadtrat Hanspeter Lienhart hat an einer Information an den GR bereits all diese Antworten geliefert. Dass nun das parlamentarische Instrument der Interpellation für parteipolitische Ziele missbraucht wird, ist offensichtlich und aus unserer Sicht absolut fragwürdig.

Stellt man die Handlungsweise des Stadtrats in den von mir genannten Beispielen des Umgangs mit kritischen Geschäften nebeneinander, ist es offensichtlich, dass der Stadtrat nur auf einem Auge sieht und offenbar auf dem anderen blind ist!"

**Jörg Inhelder äussert sich zum BDO-Bericht betreffend Überprüfung der neuen Organisation der Stadtverwaltung:** „Der Stadtrat hat durch die Firma BDO unter anderem überprüfen lassen, ob die Strukturen der Verwaltung nach der OE gerüstet sind für 22'000 Einwohner, ob die Führungsstruktur geeignet ist, ob Prozesse schlank und gut beschrieben sind. Bei der Durchsicht dieses Papiers fällt auf, dass die BDO nicht nur viel gearbeitet und vermutlich auch viel verrechnet hat, sondern, dass auch eine Stärken-/Schwächenanalyse entsteht, die sich – um einen beschönigenden Offset bereinigt – relativ gut mit meinem Eindruck deckt. Das heisst natürlich nichts anderes, als dass viele dieser Befunde auch mit etwas gesundem Menschenverstand hätten herausgefunden werden können oder



vermutlich schon bekannt waren. Das Papier wurde noch um ein volles Honigglas ergänzt, dessen Inhalt dem Auftraggeber an den Bart geschmiert wurde. Den Stadtrat freuts und er konzentriert sich ausschliesslich auf die positiven Punkte und schon herrscht grosse Freude. Das wäre ja nicht weiter störend, wenn im Hintergrund sofort an die Arbeit gegangen würde, um die Schwachpunkte, die der Bericht scheu aufzeigt, zu beseitigen. Aber, es sind Punkte aufgeführt, von denen der Stadtrat schon lange Kenntnis und bis jetzt nichts unternommen hat. Ich möchte hier einen mir bestens bekannten Punkt herausnehmen, der unter Massnahme 25/26, „Führungsschwäche in einer Abteilung“, beschrieben ist: Im Rahmen der Budgetdebatte 2016 ist zwei Gemeinderatsmitgliedern ein grosses führungstechnisches Problem aufgefallen und sie hatten diesbezüglich ein Gespräch im Rathaus. Die Lage schien uns ernst, wir brachten sachlich die Punkte vor. Die Verantwortlichen wandten jedoch ihr bewährtes Problemlösungskonzept an: Das Problem wird schön geredet! Wir Parlamentarier verliessen das Rathaus wie zwei Deppen. Was geschah danach? Gar nichts! Aber jetzt, viele Fr. 10'000.- später finden diese zwei Deppen das Thema im BDO-Bericht schön formuliert wieder! Als Nächstes gibt der Stadtrat der Geschäftsleitung den Auftrag, bis in 4 Monaten einen Katalog von Massnahmen zu erarbeiten, die dann innerhalb von mehr als 1.5 Jahren - also erst in ca. 20 Monaten - umgesetzt werden sollen. In 20 Monaten stellen fähige Leute eine ganze Fabrik auf, andere entwickeln ein ganzes Auto in dieser Zeit. Und unsere Stadtverwaltung nimmt sich diese Zeit um gut 30, bereits ziemlich klar formulierte Aufgaben noch umzusetzen.

Wenn ich es so beschönigend formulieren darf, wie es der Bericht tut: Hier besteht grosses Potenzial für Verbesserungen! Die Streichel- und Kuschelkultur nützt niemandem, sie verschiebt für teures Geld Probleme. So, und nun zum Zeitrahmen: Bis die 20 Monate verstrichen sind, haben wir bereits einen Strauss neuer Aufgaben und die Welt dreht sich auch für ein Gemeinwesen heute etwas schneller, als im vorindustriellen Zeitalter!"

#### **Einreichen Abschiede von Kommissionen**

Die Vorsitzende bittet die Fachkommissions- und RPK-Mitglieder, dass sie künftig ihre Abschiede bis spätestens am Freitag vor der Bürositzung beim Ratssekretariat einreichen sollen.

#### **Postulat der RPK betreffend Erbringung von Dienstleistungen der Abteilung Bildung**

Die Vorsitzende informiert: „Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 05.09.2016 beschlossen, dass das Postulat von Andrea Spycher namens der RPK betreffend Erbringung von Dienstleistungen der Abteilung Bildung nicht abgeschrieben wird. Das Büro des Gemeinderats beauftragte deshalb am 23.09.2016 den Stadtrat, er solle dem Gemeinderat innert einer Frist von 6 Monaten eine Überarbeitung seines Berichts vorlegen.“

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 12. Dezember 2016

Andrea Spycher hat dem GR-Präsidium am 7.11.2016 per Mail mitgeteilt, dass die RPK mit diesem Entscheid nicht einverstanden ist: Der Vorstoss solle weiterhin als unerledigt auf der Pendenzenliste aufgeführt bleiben und es bedürfe keiner weiteren Überarbeitung des Berichts durch den Stadtrat. An der letzten Sitzung vom 28.11.2016 hat das Büro beschlossen, dass dem Anliegen der RPK entsprochen wird. Der Stadtrat muss dem Gemeinderat keine Ergänzung mehr zu seinem Bericht vorlegen. Somit wird das Postulat gemäss Art. 51a Ziff. 9 u. 10 GeschO auf der Pendenzenliste weiterhin als unerledigt aufgeführt."

### **Rechtskraft der Beschlüsse aus der Sitzung vom 14. November 2016:**

Die Beschlüsse werden am 16. Dezember 2016 rechtskräftig.

### **Rechtsbelehrung:**

Der **Vorsitzende** weist auf § 151 des Gemeindegesetzes hin.

Betreffend der heutigen Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

**Nadja Naegeli** wünscht allen Anwesenden und ihren Familien schöne und besinnliche Festtage.

Die Sitzung ist um 22.10 Uhr geschlossen.



## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 12. Dezember 2016

Bülach, 21. Dezember 2016

Für die Richtigkeit:

Jeannette Wanner, Ratssekretärin

Geprüft:

Nadja Naegeli  
Gemeinderatspräsidentin

Romaine Rogenmoser  
1. Vizepräsidentin

Daniel Ammann  
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung